

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzustellungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 174.

Montag, den 29. Juli 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Arm und Reich.

Die Zahlen der preussischen Einkommensteuerstatistik sind ein untrüglicher Beweis dafür, daß die kapitalistische Tendenz tatsächlich dahin geht, immer größere Reichtümer und immer riesigere Einkommen in den Händen der besitzenden Klassen anzuhäufen, während das Einkommen der großen Massen nur sehr langsam steigt. Zudem wird die Steigerung der Arbeitslöhne reichlich ausgeglichen durch die wachsende Verteuerung aller wichtigeren Lebensmittel und eine kolossale Steigerung der Mietpreise. Diese Verteuerung des Lebensunterhalts führt vielfach dazu, daß die arbeitende Bevölkerung bei absolut gestiegenen Arbeitslöhnen eine Einkommenseinbuße zu verzeichnen hat, d. h. der höhere Lohn besitz vielfach nicht einmal mehr so viel Kaufkraft, wie der niedrige Lohn vor 10 oder 20 Jahren.

Die Soldschreiber der Kapitalistenklassen machen viel Weßens davon, daß die Zahl der einkommensteuerfreien Personen in Preußen nach der Einkommensteuerstatistik relativ und absolut herabgegangen sei. Von einem absoluten Herabgehen der von der Einkommensteuer befreiten Erwerbstätigen, das heißt derer, die ein Einkommen von weniger als 900 Mark haben, kann keine Rede sein. Während die Zahl der einkommensteuerfreien Personen in Preußen 1895 8 495 790 Personen betrug, betrug sie im Jahre 1906 8 835 226. Dagegen verminderte sich die Zahl der Einkommensteuerfreien einschließlich der Angehörigen von 20 952 059 im Jahre 1892 auf 20 297 174 im Jahre 1906. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich damit, daß die Zahl der Erwerbstätigen zugenommen hat, was sich ja schon durch die Ausbreitung der Frauenarbeit erklärt. Immerhin ist es alles andere als ein idealer Zustand, daß von einer Gesamtbevölkerung von noch nicht 37 Millionen im Jahre 1906 mehr als zwanzig Millionen ein Einkommen von weniger als 900 Mark besaßen!

Die Zunahme der Zensiten, d. h. derjenigen mit einem Einkommen von mehr als 900 Mark, entfällt natürlich zu mehr als neun Zehntel auf die Einkommensstufe von 900 bis 3000 Mark. In dieser Einkommensstufe befanden sich 1892 2 118 969 Zensiten, im Jahre 1906 4 145 954 Steuerpflichtige. Das Einkommen dieser Gruppe wuchs von 2911 Millionen im Jahre 1892 auf 5511 Millionen im Jahre 1906. Das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Zensiten dieser Gruppe sank von 1378 Mk. im Jahre 1892 auf 1329 Mk. im Jahre 1906. Ein Beweis dafür, daß ein großer Teil der neu zugekommenen Steuerpflichtigen nur wenig über 900 Mark besitzt!

Auch die Gruppe mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 Mark weist eine starke Zunahme und gleichzeitig eine Senkung des Durchschnittseinkommens auf. Während im Jahre 1892 204 714 Zensiten ein Einkommen von 832 Millionen besaßen, besaßen im Jahre 1906 343 411 Zensiten ein Einkommen von 1384 Millionen Mark. Das Durchschnittseinkommen sank also von rund 4100 Mark pro Kopf des Zensiten dieser Steuergruppe auf weniger als 3900 Mark.

Die Steuergruppe von 6000 bis 9500 Mark weist dagegen nur eine ganz minimale Senkung ihres Durchschnittseinkommens von 7400 Mark auf. Die Konzentration des Kapitals und die Steigerung der hohen Einkommen zeigt sich noch deutlicher in der folgenden Einkommensgruppe von 9500 bis 30 500 Mark. Auch hier finden wir eine erhebliche Zunahme der Zensiten von 46 100 im Jahre 1892 auf 74 755 im Jahre 1906. Das Gesamteinkommen wuchs von 714 auf 1 156 Millionen Mark. Das Durchschnittseinkommen von ca. 15 460 Mk. blieb sich also gleich.

Genau dasselbe Bild zeigt die folgende Einkommensgruppe mit 30 500 bis 100 000 Mark Einkommen. Auch hier ist eine starke Steigerung der Zensiten eingetreten. Während dieser Einkommensgruppe im Jahre 1892 nur 9039 Zensiten mit 451 Millionen Mark Einkommen angehörten, wurden im Jahre 1906 15 760 Zensiten mit 783 Millionen Mark Einkommen gezählt. Auch hier blieb trotz der erheblichen Zunahme der Zensiten das Durchschnittseinkommen von rund 50 000 Mark dasselbe! Das heißt: die Einkommen über 50 000 Mark müssen sich derartig vermehrt haben, daß durch den Zustrom der Zensiten mit einem Einkommen von wenig mehr als 30 500 Mark gleichwohl das Durchschnittseinkommen nicht gesenkt wurde.

Die unverhältnismäßige Steigerung der Rieseneinkommen zeigt vollends die letzte Steuergruppe, die diejenigen umfaßt, die ein Einkommen von mehr als 100 000 Mark versteuern. Ihr gehörten im Jahre 1892 1659 Zensiten an, im Jahre 1906 dagegen 3173 Zensiten. Das versteuerte Einkommen dieser Gruppe betrug im Jahre

1892 382 Millionen, im Jahre 1906 791 Millionen. Während also im Jahre 1892 das Durchschnittseinkommen dieser Gruppe nur 230 000 Mark betrug, stieg es im Jahre 1906 auf 249 000 Mark!

Fassen wir die Tendenz der Einkommensverteilung nochmals kurz zusammen, so ergibt sich das Folgende: In den Einkommen von 900 bis 6000 Mark zeigt sich eine erhebliche Senkung des Durchschnittseinkommens. Das Einkommen der Bessersituierten innerhalb dieser Gruppen weist keine derartige Steigerung auf, daß dadurch die das Durchschnittseinkommen herabdrückende Tendenz aufgehoben wurde, die durch das Hinzukommen solcher Zensiten erzeugt wird, deren Einkommen gerade die jeweilige Steuergrenze überschreitet. Dagegen ist der Einkommenszuwachs der Reichen innerhalb der Steuergruppen von 6000 bis 10 000 Mark groß genug, um eine solche Tendenz nicht hervortreten zu lassen. Bei den Rieseneinkommen über 100 000 Mark zeigt sich sogar trotz der Verdoppelung der Zahl der Zensiten eine Zunahme des Durchschnittseinkommens um 19 000 Mark!

Noch einige andere Zahlen mögen die sinnlose und ungerechte Verteilung des Einkommens veranschaulichen. Das versteuerte Einkommen in Preußen wuchs von 5704 Mill. Mark im Jahre 1892 auf 10 331 Mill. Mark im Jahre 1906. Von diesem Zuwachs von 4627 Millionen entfiel aber auf die Gruppe mit 900 bis 3000 Mark Einkommen nur die Summe von 2640 Millionen, während die Gruppen mit mehr als 3000 Mark Einkommen eine Einkommensvermehrung von 1987 Millionen erfuhr. Oder anders ausgedrückt: die mehr als 2 Millionen Zensiten, die in der Steuerstufe von 900 bis 3000 Mark hinzutraten, brachten nur ein Mehr von 2640 Millionen Einkommen hinzu, während die rund 200 000 Zensiten mit mehr als 3000 Mark Einkommen 1987 Millionen Einkommen mehr aufwiesen!

In krasser Weise vollends zeigt sich die Steigerung des Einkommens der „oberen Zehntausend“ darin, daß auf die Einkommensgruppen mit mehr als 30 500 Mark ein Einkommensmehr von 642 Millionen Mark entfiel, das sich auf nur 8235 Personen verteilte!

Der Einkommensverteilung in Preußen entspricht durchaus die Einkommensverteilung auch in den übrigen Bundesstaaten. Trotzdem sind die besitzenden Klassen bemüht, die aus der Kolonialpolitik und dem Übermilitarismus erwachsenden neuen Ausgaben nicht etwa durch solche Steuern zu decken, die von den Leistungsfähigen getragen werden, sondern durch neue indirekte Steuern, die zur Hauptsache von der nichtbesitzenden Klasse aufgebracht werden müssen. Auch in Preußen selbst sträuben sich Junker und Industriearbete mit Händen und Füßen gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer. Das Proletariat aber soll sammt und sund alle neuen Steuerschröpfungen ertragen.

Helden.

H. E. Der nordamerikanische General Ulysses Grant galt bekanntlich für einen der mutigsten Krieger der Neuzeit. Mitten im Kugelregen konnte man ihn anscheinend ganz gleichmütig, seine Zigarre im Munde, unbeweglich auf seinem Pferde sitzen sehen. Aber Grant hat diesen Nimbus nachher selbst zerstört. Er hat offen bekannt, daß es ihm unter dem Kugelregen sehr unbehaglich zu Mute gewesen sei.

Seit den Zeiten Grants ist die moderne Waffentechnik immer weiter vorgeschritten und sie stellt an die menschlichen Nerven die höchsten Anforderungen. Das Heldentum verschwindet immer mehr und mehr, weil der Massenmord immer mehr wie ein mechanischer Akt sich vollzieht. Er wird zum Verschleiß von Menschenmaterial, der keine Individualität mehr hervorragen läßt. Unter solchen Umständen kann nur die höchste Disziplin noch die Massen in das vernichtende Feuer treiben. Aber wie lange werden die menschlichen Nerven dieser mörderischen Entwicklung der Waffentechnik überhaupt noch Stand halten? Im nächsten großen Kriege werden die Schrecken desselben alles bisher Dagewesene übertreffen. Es wird zu Lande und Wasser, über und unter der Meeresfläche und in der Luft gekämpft werden. Das kann den Anfang vom Ende bedeuten.

Die offizielle Anklage gegen die russischen „Helden“ von Port Arthur, die so schwer blamierten Generale Stössel, Reuß und Fock, bietet manche interessanten psychologischen Momente. Die Schnurrbärte hatten gegenüber der mechanisch vernichtenden Waffentechnik der Japaner auch nicht mehr den Mut zur Pose. Sie hielten sich in Sicherheit, während die Soldaten als Kanonenfutter dienten. Die mutigen Generale, deren Nerven noch standhielten, kamen um. Admiral Makarow stieß mit seinem Schiff auf eine schwimmende Mine und ging unter.

Admiral Witthöft wurde auf seinem Schiff in der Seeschlacht getötet, General Kondratenko ward in den Luftenwerken von Port Arthur von einer Granate zerrissen. Die nicht so starknervigen Generale wurden sinnverwirrt, als ihnen so vor Augen stand, was ihr Schicksal sein könnte. Sie wußten nicht mehr, was sie taten. Stössel führte aus der Festung zu viel Proviant aus, und er brachte zu wenig hinein; er log den Zaren in seinen Berichten grüßlich an und unterhandelte mit dem Feinde gegen den Beschluß des Kriegsrats. Der General Reuß konnte in der Besorgnis, er werde den Tod „auf dem Felde der Ehre“ erleiden, die Kapitulation gar nicht schnell genug unterzeichnen, und der General Fock, ein sich stets rückwärts konzentrierender Held, räumte die von ihm besetzten Werke schon, als noch mit dem Feinde über die Räumung derselben verhandelt wurde. Stössel log sich dann einen Helmenruhm zusammen, und als er selbst dekoriert war, schlug er noch seine beiden Mithelden zur Dekoration vor.

Hier dokumentiert sich auf das schärfste die Wirkung der modernen Waffentechnik auf das Nervensystem. Die Betroffenen verlieren jeden Überblick und können sich nichts mehr ruhig überlegen. Daß der General Fock in dieser Situation noch Zeit fand, giftige Flugblätter gegen seine Kameraden zu verfassen und zu verbreiten, das kennzeichnet die Höhe der geistigen Verwirrung, zu welcher die Furcht diese schwachnervigen Menschen getrieben hatte. Außerlich rauhe, härtebige Krieger, innerlich voll Furcht und Schrecken — Welch eine Erscheinung!

Allerdings haben auch noch andere Momente dabei mitgewirkt. Man beachte den Gegensatz: In der russischen Revolution haben Tausende willig ihr Leben geopfert; schwächliche Jünglinge und zarte Mädchen und Frauen haben einen Helden- und Todesmut gezeigt, der fast übermenschlich erscheint gegenüber der ordinären Feigheit jener russischen Krieger vor Beruf in so hohem Range.

Diese Erscheinung zeigt sich öfter, wenn eine alte Welt untergeht und eine neue im Entstehen ist. In solchen Katastrophen ist es, als ob auch die Menschen einzeln verjüngt und gekräftigt würden durch die sich verjüngende Gesellschaft. Die neue Welt kündigt sich im Enthusiasmus an und die alte versinkt im Meere feiger Resignation.

Wie opferten sich einst die Franzosen in den Begeisterungsjahren der großen Revolution! Wie kämpften sie noch unter Napoleon, als schon der kalte Hauch seines Despotismus sie anwehte, weil sie glaubten, er werde ihnen mit seinen Siegen die Haupterrungenschaften der Revolution garantieren! Und als der Zusammenstoß zwischen dem verfaulten junkerlichen Preußen und dem revolutionären napoleonischen Kaiserum erfolgte, da zeigten sich nach der Niederlage von Wena bei verschiedenen junkerlichen Eisenschneidern und Säbeltrählern ähnliche Erscheinungen, wie bei den Helden von Port Arthur. Der Herr von Kleist, der die mächtige Festung Magdeburg gegen einige leichte Truppen der Franzosen nicht zu verteidigen wagte; der Herr von Romberg, der die Festung Steffin an französische Husaren übergab; der Herr von Ingersleben, der aus Küstrin den Franzosen schiffe sandte, damit sie über die Oder setzen und in die Festung kommen konnten — das sind Erscheinungen, die den Helden von Port Arthur verwandt sind. Ringsumher sahen sie das feudale Gemeinwesen zusammenbrechen, auf dessen Grund allein die junkerliche Existenz möglich gewesen; Heldenblut floß nicht in ihren Adern und so versagte ihr Nervensystem vollkommen. Ihre Sinne verwirrten sich und sie begingen die albernsten Streiche. Sie wurden zum Spott ihrer Zeitgenossen, wie es jetzt die Helden von Port Arthur geworden sind.

Wo solche Erscheinungen immer auftreten, da weht der Hauch der Fäulnis und Verwesung, da geht es dem Untergang zu.

Darum überlassen wir es anderen Leuten, über die Stössel und Genossen sentimentale Betrachtungen anzustellen. Diese „Helden“ gewinnen eine historische Bedeutung; sie sind die Totenvögel des russischen Absolutismus.

Dieser Absolutismus versteht sich wie gewisse Fabelwesen auf Verwandlungen. Er erscheint in „konstitutioneller“ Gestalt und nimmt das Feigenblatt der ersten, der zweiten, der dritten Duma vor, um dann unverhüllt wieder als Absolutismus sich vorzustellen. So glaubt er die russische Revolution aus der Welt hinaus zu täuschen und zu schwindeln.

Aber das könnte er eben nur, wenn er innerlich noch lebenskräftig wäre. Und die Stössel und Genossen sind nur Symptome, die uns zeigen, wie weit die Fäulnis vorgeschritten und daß der stehende Körper des Absolutismus unrettbar ist.

Die „Helden“ von Port Arthur sind eine sichere Bürgschaft, daß der Absolutismus in den nahenden neuen Kämpfen unterliegen und das russische Volk triumphieren wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wer nach den Kolonien reist.

Die Journalisten, die die Sprichtour Dornburgs nach Ostafrika als Neuigkeitsschnüffler, Anekdotenhäcker und Sensationsjäger mitmachen, beginnen bereits die Kolonial-Reklametrömmel eifrig zu rühren; namentlich in der liberalen Presse. So will der Spezialreporter der freisinnigen „Weser-Zeitung“ den „Nachweis führen“, daß neben Offizieren und Beamten entgegen der landläufigen Annahme auch eine ganze Menge (!) anderer Leute in den Kolonien zu tun (!) hat.“ Sein „Beweis“ ist klassisch. Hier ist er:

Der Dampfer führt 133 Passagiere erster und zweiter Klasse. Von diesen sind 38 Engländer und Engländerinnen, die teils nach Englisch-Ostafrika, teils nach Durban und anderen englischen Plätzen gehen, und 88 Deutsche, die letzteren mit dem Reisesiel Tanga, Dar es Salaam oder Kilwa. Der Rest sind Portugiesen nach Beira, vier französische Missionsschwestern nach Britisch-Ostafrika und ein paar Mohammedaner nach Port Said. Von den 88 Deutschen reisen 47 im Regierungsinteresse, 36 in Privatinteressen. Zu den 47 rechnet ich den Staatssekretär und seine offiziellen Reisebegleiter Oberleutnant Quade, den Regierungsrat Balzer und den Rittmeister Graf Senkel von Donnerstorf, ferner die 15 Offiziere und Militärbeamten eines Abhängungsstransports für die kleinen Kreuzer „Puffard“ und „Secader“ in Stärke von 154 Mann, der sich an Bord befindet. Unter den 36 Privatpersonen sind drei oder vier Journalisten. Ich führe diese Ziffern an, um zu zeigen, daß neben Offizieren und Beamten entgegen der landläufigen Annahme auch eine ganze Menge anderer Leute in den Kolonien zu tun hat. Einige Mitglieder unserer Reisegesellschaft werden besonders interessieren. Da sind z. B. zwei Kavallerieoffiziere aus Waderborn und ein Industrieller vom böhmischen Wobgang der Schneefoppe, die etliche Wochen auf Großwild, namentlich auf Raubzeug, jagen wollen. Zwei andere jüngere Herren, ehemalige Offiziere, wollen versuchen, auf einem Automobil von Dar es Salaam aus Afrika zu durchqueren und so nach Swakopmund zu gelangen. Da ist ferner ein junges Ehepaar, seit Mai verheiratet, er ein studierter Landwirt aus der Gegend, sie ebenfalls vom Lande, aus dem Oberbruch. Er der Typus des kolonialbegeisterten Jung-Deutschland; seine Schmiße zeigen, daß er seinen Studien mit Eifer obgelegen hat. Glücklicherweise hat er Geld. Er will eine große Gummi- und Baumwollplantage in der Region von Kilima anlegen und sich jetzt nach einem geeigneten Terrain umsehen. Eine junge Dame, Fräulein K., die Ehegattin eines der ersten protestantischen Geistlichen Berlins, fährt hinaus, um unmittelbar nach ihrer Ankunft in Tanga zu heiraten. Herr E., ein Färberei- und Spinnereibesitzer aus Jitta, reist als Vertrauensmann sächsischer Weber- und Spinnereibesitzer. Diese Interessengruppe will am Viktoria-Nyanja große Ländereien erwerben, um Baumwollbau zu betreiben. Das Projekt geht dahin, zunächst Muster-Plantagen anzulegen, um den Eingeborenen den Bau der Baumwollensprosseln zu zeigen und diesen dann Land gegen Lieferung des Produktes zu verpachten. Erwähnt sei noch, daß Fräulein K. nicht die einzige Frau an Bord ist. Eine lebhaft, polyglotte, tief brünette Spanierin, Fräulein G. W., reist nach Beira, um dort den deutschen Direktor der Zuckerraffinerie ihres Vaters zu heiraten.

Am interessantesten war es für mich, Dr. Walther Rathenau aus Berlin auf dem „Feldmarschall“ vorzufinden. Der bisherige Direktor der Handelsgesellschaft reist auf Veranlassung und in der unmittelbaren Begleitung des Staatssekretärs nach Dar es Salaam, um die Kolonie zu studieren, wie der finanztechnische Ausdruck lautet. Zu diesem Zwecke ist ihm jede Art von Förderung zugesagt.

Da haben wir also die deutsche Zukunft, die sich auf Dornburgs Stern trauend, nach Ostafrika eingeschifft hat. Von 36 Privaten 3-4 Schmocks, 3 Löwenjäger, 2 Automobilisten, diverse Bräute (deren eine, wie der Berichterstatter erzählt — wir haben diesen und anderen Schwag weggelassen — ihren Myrthenstock mitgenommen hat, da ja in Ostafrika statt der keuschen Myrthe der minder keusche Tropenkoller wächst) und daneben zwei merkantile Studienreisende, deren einen zudem Dornburg ins Land der Petersischen Herrenmenschenmoral lotste, und einen Zukunftsfarmer, der soviel Geld hat, um es in Ostafrika so gut wie in Paris oder Monte Carlo loswerden zu können.

Das lohnt in der Tat der Mühe, in die koloniale Reklametrömmel zu stoßen!

Der Zufallssteg vom 25. Januar.

Vertel wertet den Zufallssteg der bürgerlichen Parteien vom 25. Januar nicht besonders hoch. Er schreibt:

Prophezeien ist immer mißlich; aber wir glauben jagen zu dürfen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen, wenn nicht besondere Wandlungen oder Ereignisse eintreten, die Zahl der sozialdemokratischen Mandate wiederum eine wahrhaftig ziemlich starke Vermehrung erfahren wird. Bekanntlich hat die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bei den letzten Wahlen nicht abgenommen, sondern zugenommen. Daß sie auch wieder zunehmen wird, wenn das Volk zum nächsten Male an die Urne gerufen wird, ist nach unserer festen Überzeugung zweifellos.

Vertel hat eine merkwürdige Zuversicht in die werdende Kraft des Sozialismus, die ihn wohl nicht täuschen dürfte. Allerdings nimmt er sie nur als Vorwand, um nach Ausnahmeseiten zu schreiben.

Von den über drei Millionen sozialdemokratischer Wähler seien mindestens zwei Drittel glühende Feinde der Monarchie, des Staates und der Gesellschaftsordnung. Wenn der Herr Reichsanwalt, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, einmal Gelegenheit hätte, bei dem Schluße der Fabriken durch unsere Industrieviertel zu wandern und den Arbeitern in die Augen zu sehen, so würde ihm der Haß und die Leidenschaft aus fast allen Augen entgegenblitzen. Wer das großstädtische

Proletariat beobachtet und kennt, der muß davon überzeugt sein, daß die sozialdemokratische Gefahr mit jedem Tage größer wird.“

So die „Deutsche Tageszeitung.“ Wir aber meinen: Es muß doch ein Großes sein um eine Sache und eine Partei, die so viele sich stets mehrende und so leidenschaftlich überzeugte Anhänger hat, daß sie auch nach einer Niederlage ihren Gegnern furchtbar ist.

Wenn Minister reisen.

Als der preussische Handelsminister kürzlich dem westdeutschen Industriegebiete einen Besuch abstattete, kam er auch in das Wurmrevier, wo die Arbeitsverhältnisse schlimmer sind als im übrigen industriellen Deutschland. Über der Minister hat davon natürlich nichts zu sehen bekommen; die Grubenbesitzer haben ihre Gruben im besten Lichte gezeigt. Wie das gemacht worden ist, darüber berichtet der christliche „Bergknappe“ folgendes:

„Endlich mal wieder Sauberkeit an allen Ecken und Enden, dachten die Kameraden der Grube Gouley, die am 4. Juli einfuhren. Überall war sauberlich geputzt worden, sogar am schwarzen Brett waren die Namen der Beiratsmitglieder entfernt und das Brett war sauber geputzt worden. Der Herr Handelsminister Delbrück besichtigte an diesem Tage Gouley und da mußte doch gezeigt werden, daß hier alles in schönster Ordnung ist. Aber schade, daß die Herrlichkeit nur einen Tag dauerte. Kaum war Herr Delbrück von Gouley weg, da zierten auch wieder die Reihe Namen das schwarze Brett. Der Herr Minister hatte sich auf Grund seiner Augenscheinnahme von den musterhaften Zuständen auf Gouley überzeugen können — das war die Hauptsache. Nachher kam wieder alles in gewohntem Geleise weitergehen. In Berlin wird es dann heißen: „Mißstände sind nicht vorhanden.“

Wie man sieht, ist die Zeit der Potemkinschen Dörfer noch nicht zu Ende, wenn sie heute auch anders gebaut werden als zur Zeit der Zarin Katharina. Auf das Ergebnis dieser „Inspektion“ wird sich der Minister dann berufen, wenn die Arbeiter alte Forderungen immer von neuem erheben; hat er sich doch „persönlich überzeugt“, daß alles in schönster Ordnung ist.

Das Fiasko der Reichs-Finanzreform.

Der „Reichsanw.“ bringt die Reichseinnahmen im 2. Quartal 1907, von denen wir folgende mitteln: Die Zölle haben 167 Millionen ergeben, ein Plus von 56 1/2 Millionen; die Tabaksteuer ergab 2 291 000 Mk., ein Mehr von 161 000 Mk.; aus Frachtkunden wurden 3 207 000 Mk. eingenommen. Post- und Telegraphenverwaltung rund 138 Millionen, ein Mehr von 8 1/2 Millionen, und der Personensfahrverkehr ergab nur 3 920 000 Mark. (Diese Einnahme blieb um zwei Drittel des Voranschlages zurück.) Die Gesamteinnahme betrug in diesem Quartal 263 Millionen, ein Plus von 61 1/2 Millionen. — Die Reichsfinanzreformer haben sich also verrechnet.

Verteidigter Barbarismus.

Reichstagsabgeordneter Dr. Naumann sucht sich in einem „Moral und Kolonialpolitik“ überschriebenen Artikel gegen die Vorwürfe zu verteidigen, die auch aus den Kreisen seiner engeren Anhängerschaft der Nationalsozialen gegen ihn erhoben worden sind, weil er den zur Verteidigung von Peters bestimmten Ausführungen seines Freundes Rohrbach Aufnahme in der „Hilfe“ gewährt hat.

Zu seiner „Rechtfertigung“ druckt Naumann ab, was er in der „Hilfe“ im Jahre 1896 über Peters geschrieben hat, nämlich folgendes:

„Die Sache ist keineswegs leicht und einfach. Es wäre sehr schön und angenehm, wenn man sagen könnte: wir sind nur unter der Bedingung für Kolonialpolitik, daß keine Koloheiten vorkommen dürfen.“ Eine Kolonialpolitik ohne Koloheiten hat es aber, so weit wir die Geschichte kennen, noch nie gegeben. Als Karl der Große unter den Sachsen kolonisierte, als die frommen Kreuzfahrer zum heiligen Land zogen, als die Spanier und Portugiesen Amerika besiedelten, als die Niederländer Java besetzten, als die Engländer die Eingeborenen von Tasmanien wie Rebhühner jagten und als sie die indischen Aufhänge blutig erstickten, nie ist es ohne Greuel abgegangen. Auch die beste deutsche Kolonialpolitik im Mittelalter war voll solcher Vorkommnisse. Wir erinnern an zwei bekannte Männer: Heinrich der Löwe, der Kolonistator von Mecklenburg und Pommern, knüpfte am Schweriner See einen flämischen Firsken an einem Baum auf, während dessen Bruder diesem Schauspiel über das Wasser hinweg zusah, und ließ den Kopf Niclots, des Ahnherrn aller mecklenburgischen Großherzöge, im Triumph durch das sächsische Lager tragen. Der Comthur des deutschen Ordens aber, Grumbach, ließ im Kampfe gegen die heidnischen Preußen zwei Brüder seines eigenen Ordens vor allem Volk bei lebendigem Leibe verbrennen, weil sie einer verräterischen Verbindung mit den Preußen beschuldigt waren. Dieser Comthur wurde dann wegen dieser Handlung vom Papst abgesetzt und der Konvent, der ihm zugestimmt hatte, zu einer Jahresbuße verurteilt, aber die Kolonisation ging weiter und Deutschland wurde bis zur Memel ausgedehnt. Wer würde nun wünschen, daß wegen dieser und ähnlicher Koloheiten die Verdeutschung Mecklenburgs, Pommerns und Preußens aufgegeben worden wäre? So liegt die Frage. Was damals das Slawenland war, ist heute Afrika. Der Kulturzustand ist ganz im allgemeinen geredet, ähnlich. Wer kolonisieren will, muß gegen Barbaren kämpfen, wer aber gegen Barbaren kämpfen will, muß so kämpfen, daß es auch Eindruck auf sie macht.“

Naumann erklärt, daß er diese vor reichlich eff Jahren geschriebenen Worte noch heute als sein persönliches Bekenntnis in diesen Fragen gelten lassen könne.

Also, weil früher die Kolonialpolitik mit Barbarei verbunden war, deshalb ist es nach Naumann ganz selbstverständlich, daß sie eine barbarische jetzt noch ist und bleiben wird. Weil die Eroberer früherer Zeit barbarisch gegen die Überwundenen und die sich wider sie Wehrenden vorgingen, deshalb dürfen auch unsere deutschen Kolonialhelden, schänden, rauben, jegliche Schändlichkeit begehen.

Das ist freilich die allerbequemste, aber auch die tollste und roheste Rechtfertigung der Peters und Konsorten.

Elles Treiben.

Peters und seine Gefährten scheinen wirklich zu glauben, das deutsche Volk habe für die nächsten Jahre nichts anderes zu tun als sich über ihre werten Persönlichkeiten zu unterhalten. Sie wollen nicht ablassen, solange nicht der letzte Deutsche reumütig auf den Knien anerkennt, daß die Vergattung der Jagodja durch Peters, ihre tägliche Blutigpeinigung und schließlich Ermüderung die reinste Hinrichtung des fremde Zigaretten rauchenden Mabrak ein wunderbarer Akt der Gerechtigkeit sei und daß etwa auch die eigenartige Auffassung der Zeugnispflicht durch Herrn Arendt sich aus dem Puttkamersehen „gesunden kolonialen Menschenverstand“ ohne weiteres erklären lasse.

Diesen Zweck glauben die Petersleute erreichen zu können, in dem sie in dem ihnen zugänglichen unantastbarsten Teil der deutschen Presse ihre Laten glorifizieren und nebenbei gegen die „Umstürzlerpresse“ recht fleißig Klagen einbringen. Gegen die Umstürzlerpresse, wohlgemerkt, die in diesem Fall gar nicht „umstürzlerisch“ ist, sondern die sich nur weigert, ihre Auffassungen von Reinlichkeit, Sittlichkeit, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit oder Menschlichkeit nach den Forderungen des „gesunden kolonialen Menschenverstandes“ zu revidieren! In diesem Sinne hat Herr Arendt einen Nachschuß gegen die sozialdemokratische Presse angekündigt und eben kommt die Nachricht, daß auch Herr Peters unzufrieden mit seinen Münchener Lorbeeren, nun den Zug seiner moralischen Eroberungen quer durch Bayern nach Nürnberg fortsetzen will. Peters, den für seine disziplinargerichtliche festgestellten Verbrechen keine Freiheitsstrafen getroffen haben, will durchaus zu seiner höheren Ehre den Redakteur der „Frankfurter Tagespost“ einsperren lassen. Die Fälle Arendt und Peters zeigen deutlich, wie reformbedürftig das deutsche Verfahren im Beleidigungsprozeß ist; denn es ist einfach ein Unfug, daß es Leuten vom Schlage der Peters und Genossen möglich ist, Personen, die sittlich hoch über ihnen stehen durch die Einbringung von Massenklagen zu molestieren.

Zwischen den Prozessen aber nützt Herr Peters die Zeit, um seinen kolonialen Heldentum aus vollen Backen zu verkünden. Im „Tag“ veröffentlicht er einen Artikel über den Münchener Prozeß, in dem er behauptet: der Gerichtshof in München habe entschieden, daß er, Peters, am Klimandscharo „nach bestem Wissen und Gewissen“ gehandelt habe. Welchen Glauben kann ein Mann für sich beanspruchen, der eben erst geschene und weltbekannte Tatsachen in solcher Weise verdreht. Der Gerichtshof sagt „nicht im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit“, er nimmt obendrein an, daß bei der Tötung des Mabrak geschlechtliche Momente mitbestimmend gewesen sein mögen. Aber wenige Wochen genügen, um dieses Urteil im Kopfe des Peters zu einer glänzenden Rechtfertigung vor der gesamten zivilisierten Welt zu verwandeln! So mag es sein, daß er den geschlechtlichen Mißbrauch, den er mit seinen Sklavinnen getrieben hat, heute wirklich für eine Großtat hält, durch die er „eine halbe Welt erobert“ und sich den ewigen Dank des Vaterlandes verdient habe.

Auf Leute mit europäischem Gedächtnis und europäischen Begriffen von Sitte und Recht muß das Treiben der Petersklaque umso widerlicher wirken, je länger es dauert und je vorbringlicher es wird.

Aus unseren herrlichen Kolonien.

Nach einem Telegramm des stellvertretenden Gouverneurs von Kamerun sind im Bezirk der Residentur Adamaua Unruhen anscheinend lokaler Natur ausgebrochen. Ein Angriff des Fullah Mahde auf den Residenten von Adamaua, Hauptmann Zimmermann, welchem eine Kompanie Schutztruppen zur Verfügung steht, wurde erfolgreich abgeschlagen. Hauptmann Zimmermann hat sich mit dem Residenten der Tschadsee-Länder, Oberleutnant Struempel zwecks gemeinsamer Vorgehens in Verbindung gesetzt.

Hochverrat?

Die bekannte Hervésche Broschüre, in der er seine Ansichten über den Antimilitarismus auseinandersetzt, ist vor längerer Zeit unter dem Titel „Das Vaterland der Reichen“ in der Schweiz in deutscher Übersetzung erschienen. Die Broschüre ist mit einem kurzen Geleitwort von Dr. Friedberg versehen. Vor kurzem ist nun Dr. Friedberg auf Requisition der Reichsanwaltschaft wegen dieser Broschüre unter der Anschuldigung der Vorbereitung zum Hochverrat verantwortlich vernommen. Uns ist schlechterdings unerfindlich, worin in der seit Jahr und Tag bekannten Hervéschen Broschüre, deren Ideen wir feinerzeit bekämpft haben, auch nur der Schatten eines Hochverratsunternehmens gefunden werden kann. Die Broschüre erörtert bekanntlich, ob die Proklamierung des Streiks für den Militärdienst und den Fall eines Krieges ein Mittel der Arbeiterklasse sein könne. Noch weniger verständlich ist es, wie in dem Geleitwort Strafbares gefunden werden kann. Dr. Friedberg bewertet dort die Hervéschen Ansichten anders als wir, identifiziert sich aber mit der Hervéschen Ansicht nicht. Das Buch hat wesentlich französische Verhältnisse vor Augen und berührt nach keiner Richtung hin einen der fünf Fälle, die in den §§ 80 und 81 des Strafgesetzbuches als Hochverratsunternehmen bezeichnet sind. Die Konstruktion eines Verbrechens aus dem Hervéschen Buch erscheint uns so sinnwidrig, daß wir glauben, mit der Annahme nicht fehlzugehen, daß keinesfalls der Reichsanwalt, sondern auf Ausnahmeseiten hinarbeitende Stellen in Berlin zu dem Versuch der Einleitung eines Strafverfahrens Veranlassung gegeben haben. Der Versuch der Einleitung des Strafverfahrens in Deutschland wegen der Aufforderung Hervés an seine Landsleute, im Fall des Krieges nicht gegen Deutschland zu marschieren, entbehrt zudem nicht einer gewissen Komik in unserer liberal-konservativen Ara.

Rumänien.

Nachwehen vom Baurkrieg. Der Prozeß gegen die Soldaten und Unteroffiziere, welche im Departement Blaskha anlässlich der letzten

agrarisches Unruhen sich ihrem Vorgesetzten vor den Rebellen mit den Waffen widersetzten, wurde heute beendet. 58 von ihnen wurden zur Degradation und lebenslänglicher Zwangsarbeit und 17 andere zu verschiedenen Strafen verurteilt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 29. Juli.

Der Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübeck hielt am 25. Juli seine ordentliche Generalversammlung ab. Nicht vertreten waren die Klassen der Maurer (lokal), Maler, Böttcher und Drechsler. Die Abrechnung vom 2. Quartal 1907 ergab an Einnahme für die Familienversicherung 4704,47 Mk., an Ausgabe 4637,48 Mk., die Mehreinnahme betrug 67,04 Mk. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf 3015. Die Einnahme der Medizinkasse ergab 1751,80 Mk., die Ausgaben betragen 1962,95 Mk., sodass eine Mehrausgabe von 211,15 Mk. zu verzeichnen war. Die Zahl der Mitglieder betrug 1162. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der Vorsitzenden, und zwar Lippert als erster, Abrecht als zweiter Vorsitzender, W. Bruns als zweiter Schriftführer. Es wurde beschlossen, auch in diesem Jahre zu Gunsten des Invalidenfonds einen Sanitätsball abzugeben; die Leitung wurde dem Vorstand und folgenden Mitgliedern übertragen: Behrens, Neugebauer, Hofmann, Ziehm und Petersen. Ferner nahm die Versammlung Stellung zur Walderholungsstätte. Folgender Antrag des Vorstandes wurde angenommen. In Anbetracht, dass viele freie Hilfskassen Gelder für Walderholungsstätten nicht bewilligen können, stellt der Vorstand den Antrag, daß in diesem Sommer versuchsweise die Mittel hierzu aus dem Invalidenfonds des Sanitätsverbandes der freien Hilfskassen genommen werden können, und zwar für jedes Mitglied einer freien Hilfskasse, welches nicht auf Kosten der Orts-, Betriebs- oder Innungs-kasse, sowie der Landesversicherungsanstalt zur Walderholungsstätte entsendet wird, pro Tag 1 Mk. auf längstens 4 Wochen. Nach Erledigung mehrerer kleinerer Angelegenheiten erfolgte der Schluss der Versammlung.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend hielt am 27. d. M. seine Generalversammlung ab. Nach dem vorlesenen Geschäftsbericht betrug die Mitgliederzahl am 30. Juni 1907, außerdem sind im Laufe des Monats Juli 65 Neuanmeldungen eingegangen, sodass gegenwärtig 1072 Mitglieder zu verzeichnen sind. Da von Schwartau und Umgegend 170 Mitglieder dem Verein angehören, so hat die Verwaltung sich veranlaßt gesehen, eine Verkaufsstelle in Schwartau, welche die vierte des Vereins ist, zu errichten. Die Gesamteinnahme für das vorige Vierteljahr betrug 62.519,56 Mk., die Gesamtausgabe 59.187,44 Mk., mithin bleibt ein Kasseebestand von 3332,12 Mk. Ferner teilte der Geschäftsführer mit, daß seitens der Behörde dem Verein die Aversionalabgabe für Spareinlagen zugestimmt worden ist. Einem wichtigen Beschluß faßte die Versammlung, indem sie einstimmig einen Antrag der Verwaltung annahm, wonach ein Wareneinkaufsfonds errichtet werden soll. Hierdurch ist es Mitgliedern, welche arbeitslos oder auf andere Weise in Not geraten sind, ermöglicht, Waren auf Kredit zu entnehmen.

b. Aus dem Gerichtssaal. Die bedauerliche Katastrophe in der hiesigen Niederlage der Mannheim-Bremer-Petroleum-Aktien-Gesellschaft am 14. Februar, bei der der Lagermeister W. und der Kutscher B. schwer verletzt wurden, hatte am Sonnabend vor der Ferienstrammer ein gerichtliches Nachspiel. Wie erinnerlich, sollte J. Zt. ein Petroleumbehälter gereinigt werden, und die Luftschicht über diese Arbeit war B. übertragen. Um einen Überblick über den Umfang der Arbeit zu bekommen, beging der Lagermeister die Unvorsichtigkeit, mit einem Kerzenlicht in das Verschlußloch des Kessels hineinzuleuchten. Dabei erfolgte die Explosion, bei der der Angeklagte und B. schwer verletzt wurden. W. selbst erlitt Brüche beider Beine und Brandwunden im Gesicht. Im Krankenhaus mußte ihm der linke Unterschenkel abgenommen werden. W. befindet sich noch im Krankenhaus. Die Schuld an den Verletzungen des letzteren werden W. zur Last gelegt, denn er mußte als aufsichtsführende Person wissen, daß mit offenem Licht diese Arbeit nicht ausgeführt werden durfte. Mit Rücksicht auf den Angeklagten, der selbst zeitweiligen Schaden erlitten, wird W. nach dem Antrag des Staatsanwalts zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. — 3 Monate Gefängnis erhielt der Korrektilsträfling G. aus Küstern wegen intellektueller Untüchtigkeit. Der Angeklagte hatte sich vor zwei Jahren unter falschem Namen in das Gefangeneregister eintragen lassen. — Gegen das Schöffengerichtsurteil legte der Haus- und Gütermaier C. Berufung ein, weil er die wegen Betruges gegen ihn erkannte Gefängnisstrafe von 2 Monaten, 1000 Mk. Geldstrafe und einjährigen Ehrenrechtsverlust für zu hoch hielt; der Staatsanwaltschaft hingegen erschien die Strafe als zu niedrig, weshalb auch sie gegen das Urteil Berufung einlegte. C. hatte eine Frau, der eine Erbschaft zugefallen, auf diese ein Darlehen gegen Wechsel von 4000 Mark verschafft, dann mußte sie an ihren Pfleger einen Brief nachschreiben des Inhalts, daß dieser bei Auszahlung der Erbschaft dem Angeklagten die 4000 Mk. bezahlen müsse. Erst nach Erledigung dieser Formalitäten erklärte C., der Geldgeber verlange für sein Darlehen 1000 Mk., die C. gleich von den 4000 Mk. in Abzug brachte; C. verlangte nun auch für seine Vermittlung noch 100 Mk., trotzdem er vom Geldgeber schon 500 Mk. erhielt. Trotz dieser wucherischen Machinationen sollte die in einer Vorlage befindliche Frau die Zinsen für die gesamten 4000 Mk. bezahlen, welches Ansuchen die Frau zur Anzeige trieb. Die Strafkammer stellte in der Verhandlung zwei Straftaten fest und verurteilte C. wegen Wucher zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe und wegen Betruges, begangen durch Verschweigen der empfangenen Provision durch den Geldgeber — wodurch er die Klägerin um 100 Mark geschädigt — zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe. Diese Strafen wurden zusammengezogen, sodass das Urteil auf vier Monate Gefängnis und 1200 Mk. Geldstrafe, event. für je 10 Mk. einen weiteren Tag Gefängnis sowie bürgerlicher Ehrenrechtsverlust auf ein Jahr lautete.

Pachtung des Stadthallen-Theaters seitens des Staates. Der „Hambg. Corresp.“ meldet: Der Bürgerschaft wird demnächst eine Senatsvorlage auf Pachtung des Stadthallen-Theaters auf fünf Jahre zugehen, damit der Fortbestand des Stadthallen-Propositoriums bis zur Fertigstellung des neuen Stadtheaters gesichert und die Konkurrenz vom Stadtheater ferngehalten wird. — Wenn sich diese Meldung bewahrheitet, so dürfte sich daraus ergeben, daß man in maßgebenden Kreisen an die Fertigstellung des neuen Stadtheaters zum Herbst 1908 ebenjowenig glaubt, wie wir. Ob es richtig ist, sich durch die Pachtung der Stadthalle, die zweifellos viel Geld kostet, die Konkurrenz vom Palle zu halten, möchten wir sehr bezweifeln.

b. Wie fährt man billiger? Ein Kuriosum kann der Reisende bei einer Fahrt von Lübeck nach Wittenburg erfahren. 4. Klasse kostet ein Billet von Lübeck nach Wittenburg 1,45 Mk. In Wittenburg wollte der Betreffende, der uns

dies mitteilt, wieder ein Billet nach Lübeck dritter Klasse lösen. Diese waren vergriffen, und so konnte nur ein solches 4. Klasse bis Radeburg gelöst werden, das 70 Pf. kostet. Von letzterer Station gibt es nach Lübeck bekanntlich nur 8. Klasse, kostet 65 Pf., macht zusammen 1,35 Mk., ist also 10 Pfennig billiger bei einmaliger Biletentnahme. Nach der neuen Tarifreform sind sonst größere Strecken bei durchgehender Fahrkarte einige Pfennige billiger als die kleineren, und hier erleben wir das Gegenteil.

Erlösene Seuche. Nachdem die Rotlaufseuche unter den Schweinen der Staatsirrenanstalt hieselbst erloschen ist, sind die angeordneten Spermaßregeln aufgehoben worden.

pb. Wem gehört das Boot? Im Stadtgraben bei der Wielandbrücke ist ein herrenloses Ruderboot angehalten und besetzt. Das Boot ist etwa 5 Mtr. lang. Zwei unbekannte Männer, die dasselbe benutzten hatten, ließen es im Stich, weil sie sich verfolgt fühlten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Leute das Boot irgendwo ohne Erlaubnis weggenommen haben.

pb. Beim Annachen von Feuer im Küchenherd, gerieten die Kleider einer im Rabenachergang wohnhaften Witwe in Brand, wodurch sie sich nicht unerhebliche Verletzungen an Kopf und am Oberkörper zuzog.

pb. Butter- und Eierdiebstahl. Einem in der Mengstraße vor der Markthalle mit seinem Fuhrwerk haltenden Händler wurden am verflorenen Sonnabend von seinem Wagen ein Korb mit sieben Pfund Butter und 80 Eier gestohlen.

pb. Gestohlene Bäume. Aus dem Garten eines an der Marktstraße gelegenen Hauses sind in der Nacht vom 27. zum 28. ds. Mts. zwei Oleander-Bäume abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Bäume sind 1,50 m bzw. 1,25 m hoch und befanden sich in Stein-töpfen.

Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Dienstag geht die bekannte und stets gern gehörte Operette „Der Obersteiger“ in Szene. Mittwoch findet die letzte Aufführung der sensationellen Novität „Der Dieb“ von Bernstejn statt. Dieses Stück ist einmal etwas eigenartiges, ein Aufbau der sein Publikum bis zum letzten Augenblick in Spannung erhält und kein Erschlaffung zuläßt. Das Spiel der Darsteller ist so vorzüglich, daß man getrost behaupten kann, etwas ähnliches hier noch nicht gesehen zu haben.

Wilhelm-Theater. Man schreibt uns: „Affles“, das sensationellste Stück der Gegenwart, das jetzt gleichzeitig in Berlin, Paris und London täglich zur Aufführung gelangt, erwirbt sich auch bei uns mit jeder Wiederholung mehr Freunde und wird voraussichtlich auch hier noch viele Aufführungen erleben. Am Mittwoch findet zum Beneiz des Herrn Braag, des verdienstvollen Darstellers und Spielleiters, eine einmalige Aufführung von „Stüben der Gesellschaft“ statt. Es bedarf gewiß nur dieses Hinweises um dem beliebten Mitglieder ein ausverkauftes Haus zu sichern.

Seerech. Die Generalversammlung des Zentralvereins der sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck tagte hier am gestrigen Sonntag im Lokale des Herrn Fröhme. Vertreten waren Stokelsdorf, Schwartau, Cutin, Seerech, Gnißau, Ahrensbödt, Malente, Neudorf und Schwienkühlen, außerdem die Agitationskommission durch Sievert-Altona, der Zentralvorstand durch 3 Mitglieder, die Kontrollkommission, sowie Landtagsabgeordneter Genosse Zeidler und Reichstagskandidat Genosse Stelling. Der Zentralvorstand Gen. G. Fick erstattete den Bericht des Zentralvorstandes. Die Gesamteinnahme betrug im Geschäftsjahr 1906/07 2858,03 Mk., die Ausgabe 2715,31 Mk. (einschließlich Reichstagswahlkosten). Bei der Reichstagswahl 1907 wurden für unsere Kandidaten im Fürstentum Lübeck 560 Stimmen mehr abgegeben als 1903. In 11 Ortsvereinen sind 897 Genossen (im Vorjahre 568) organisiert, mithin mehr 329. Neugegründet sind im letzten Jahre die Ortsvereine von Neudorf, Gleichendorf, Seerech, Gurau und Ahrensbödt. Der Monatsbeitrag beträgt in allen Vereinen 30 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Zahl der im Fürstentum Lübeck gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beträgt 1699. Interessant waren die Verhältniszahlen zwischen Partei und Gewerkschaften in einzelnen Orten: In Stokelsdorf beträgt die Zahl der Gewerkschaftler 433, die der Parteigenossen 302; Cutin=Malente, Neudorf und Gnißau 350 resp. 179. Schwartau und Umgegend 780 resp. 318. In Versammlungslotale sind vorhanden: 15 große, 5 kleine Lokale und 9 kleine Plätze. 42 Mitglieder- und 16 öffentliche Versammlungen, außerhalb der Reichstagswahlzeit, wurden abgehalten. An der Maisfeier beteiligten sich durch Arbeitsruhe zusammen rund 600 Genossen. Während der Wahlzeit wurden 34 öffentliche Versammlungen abgehalten. Abwesenden sind vorhanden: „Volksbote“ 650 (Vorjahr: 579), „Vorwärts“ 5, „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ 7, „Jacob“ 234, „Politikon“ 13, „Neue Zeit“ 1 und „Gleichheit“ 1. An Mai-zeitungen wurden 525 verkauft. Sozialdemokratische Gemeindevorsteher sind 21 im Fürstentum vorhanden in verschiedenen Orten sind unsere Genossen in kommunalen Körperschaften vertreten. Drei Prozesse wurden geführt. Der Berichterstatter bemerkte am Schlusse seiner Ausführungen, daß das in diesem Jahre erzielte Resultat zwar zufriedenstellend sei, dennoch aber sei es notwendig, daß noch mehr als bisher organisierte Genossen gewonnen würden. Es müsse hier eine rege Propaganda entfaltet werden. — Der Bericht der Ortsvereine war im allgemeinen befriedigend. Unter anderem ging Genosse Zeidler-Swartau schaft mit der bürgerlichen Mehrheit des jetzigen Gemeinderats ins Gericht. Diese Herren führten nur das aus, was vorher im „Bürgerverein“ abgelehnt worden sei. Die Zeit werde aber auch in Schwartau kommen, wo mit dieser Gesellschaft abgerechnet werde. Genosse M u f f -Schwartau wies darauf hin, daß die Niederlage bei der letzten Gemeinderatswahl nicht zum mindesten darauf zurückzuführen sei, daß eine ganze Reihe Arbeiter ihre Steuern nicht rechtzeitig entrichteten hatten. Hierin müsse Wandel geschaffen werden. Den Bericht von der Landeskongress in Oldenburg gab Genosse Stelling-Lübeck. Im Anschluß hieran gab Redner bekannt, daß seitens der Genossen des Fürstentums Lübeck die Genossen G. Fick und R. Wilken-Stokelsdorf, sowie G. Zeidler und F. M u f f -Schwartau als Kandidaten zur nächstjährigen Landtagswahl aufgestellt sind. Pflicht der Genossen sei es, mit aller Energie dahin zu wirken, daß auch der letzte Mann, der mit uns sympathisiert, die oldenburgische Staatsangehörigkeit erwirbt, damit wir trotz aller schon heute betriebenen Hegeereien seitens der Gegner den Sieg bei den nächsten Landtagswahlen an unsere Fahne heften. — Zum Parteitag in Rendsburg sollen 3 Delegierte, außer dem Zentralvorstand, entsandt werden. Gewählt wurden die Genossen Zeidler-Swartau, Ziesemer-Cutin und Bull-Stokelsdorf. Ein Antrag der Malenter Genossen, allmonatlich eine unentgeltliche Zeitschrift für die Landbevölkerung herauszugeben, fand seine Erledigung durch die Erklärung der Vertreter der Agitationskommission, daß letztere beabsichtigt, ab Oktober die „Rote Landpost“ monatlich herauszugeben. In einer Revo-

lution beschwerten sich die Malenter Genossen über unzulässige Zustellung des „Volksboten“. Durch eine Erklärung des Genossen Stelling, der anriet, in allen Fällen, wo der „Volksbote“ nicht pünktlich und regelmäßig zugestellt wird, Beschwerde bei der Oberpostdirektion zu erheben, fand diese Resolution ihre Erledigung. — Weiter sprach sich die Generalversammlung gegen eine im Agitationsbezirk Schleswig-Holstein geplante allgemeine Beitrags-erhöhung aus. Ein Antrag, daß die Gemeindevorsteher in bestimmten Zeiträumen zusammenkommen sollen, wurde dem Zentralvorstand überwiesen. — Einen Rückblick auf die verflorenen Reichstagswahl entwarf Genosse Stelling. Redner forderte zur energischen Agitation für unsere Ideen auf. — Als Sitz des Zentralvorstandes wurde Stokelsdorf, zum Zentralvorstand Genosse G. Fick, zum Kassierer J. Bull bestimmt. Sitz der Kontrollkommission ist Schwartau. — Als Reichstagskandidat wurde seitens der Genossen des Fürstentums auch weiter Genosse Stelling-Lübeck nominiert. — Hiermit war die Tagesordnung der Generalversammlung erschöpft. Nach einem fröhlichen Schlußwort seitens des Vorsitzenden, Genossen G. Fick, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. — Die Genosseninnen und Genossen von Seerech und Umgegend hatten sich recht zahlreich als Zuhörer eingefunden.

Hamburg. Durch Fleischvergiftung sechs Personen erkrankt. Schon wieder hat sich hier eine Fleischvergiftung zugetragen, und abermals ist dadurch eine ganze Familie schwer erkrankt. Über das Vorkommnis wird berichtet: In der ersten Etage des Hauses Schaafhof 7 wohnt der verheiratete Ewerführer Larsen mit seiner Frau und seinen vier Kindern im Alter von 6, 5, 4 und 2 Jahren. Gestern abend kaufte die Familie in einem Schlachterladen am Herrengraben Beefsteak und verzehrte es zu Hause mit gutem Appetit. Bald darauf stellten sich bei allen sechs Familienangehörigen Übelkeit und Erbrechen ein. Mit jedem Augenblick wuchs dieser Zustand, und es traten Krämpfe in den Beinen hinzu. Rasch wurde ein Arzt herbeigeholt, und dieser erkannte, daß es sich um eine Fleischvergiftung handelte. Er verabfolgte den Erkrankten Gegenmittel, die bei dem Ewerführer und dem vier Jahre alten Kinde guten Erfolg hatten. Vater und Kind hatten nur sehr wenig von dem Hack gegessen, es wurde von ihrem Transport nach dem Hafentrantenhaus vorläufig Abstand genommen. Die Mutter und die anderen drei Kinder aber waren so bedenklich krank, daß sie auf Veranlassung der benachrichtigten Polizei sofort ins Hafentrantenhaus gebracht werden mußten. In dem Schlachterladen wurden Proben von dem Hack genommen, aber die chemische Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Uetersen. Innungsterrorismus. Gegen den Obermeister der Malerinnung des Kreises Binneberg wurde von einigen Innungsvorstandsmitgliedern eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet, weil seine Frau das schwere Verbrechen begangen hatte, Mitglied des Konsumvereins zu werden. Das Schönste bei der Sache ist, daß der Malermeister, der den Denunzianten gespielt hatte, vorher selbst auf die Arbeit bei dem Umbau des Konsumvereins spekuliert hatte. Was bei dieser Untersuchung herausgefunden ist, wissen wir nicht, jedenfalls zeigt dieser Vorfall aber wieder, wo die wahren Terroristen stecken. Nebenbei spielen diese Herrschaften sich immer als „freisinnig“ und „arbeiterfreundlich“ auf.

Sauerbrunn-Gademarischen. Kindestötung. In einem Brunnen zwischen zwei Getreidefeldern im Felde fanden Knaben die Leiche eines neugeborenen Kindes. Die Sektioy ergab, daß das Kind nach der Geburt gelebt hatte.

Flensburg. Töblicher Unfall. Am Donnerstag nachmittag gegen 2 1/2 Uhr begegnete dem von Flensburg kommenden Zuge kurz vor der Station Rundhof ein Fuhrwerk des Hofpächters Detleffen-Meierhof. Herr Detleffen war mit seiner Frau abgefahren und hielt die Pferde am Zügel. Der Kutscher und ein junges Mädchen namens Käthe Krohn aus Mölln waren auf dem Wagen sitzen geblieben. Erst nachdem die Lokomotive des Zuges schon an der Stelle vorbei war, wo das Fuhrwerk hielt und obwohl sich zwischen Bahnkörper und Landstraße noch eine Dornenhecke befand, wurden die Pferde scheu und stürzten in der Richtung von Rundhof mit dem Wagen davon, sodass Herr Detleffen sie nicht mehr halten konnte. Während der Kutscher gleich zu Anfang vom Wagen fiel, ohne Schaden zu nehmen, blieb das junge Mädchen sitzen. Vom Zuge aus wurde ihr dann gerufen, sie solle nicht abspringen. Wahrscheinlich hat sie diesen Ruf nicht mehr gehört. Jedenfalls sprang sie gerade bei der Überfahrt über die Gleise der Kleinbahn Flensburg-Satrup-Rundhof von dem dahinsrasenden Wagen und fiel dabei so unglücklich, daß sie einen schweren Schädelbruch erlitt und schon nach einer halben Stunde starb. Das Fuhrwerk ist unverfehrt in Meierhof angekommen.

Flensburg. Giftmord? Vor einiger Zeit verstarb unter verdächtigen Umständen die Ehefrau des Landmannes Th. Petersen in Galsbro. In der Leiche wurde bei der Obduktion Strychnin vorgefunden, aber woher der Giftstoff stammt, und wer ihn der Frau beigebracht hat, ist noch nicht aufgeklärt. Jetzt ist der Chemiker, der Vergiftung seiner Frau verdächtig, in Untersuchungshaft abgeführt worden, und es haben bereits verschiedene Vernehmungen stattgefunden.

Flensburg. Der Abstinenztag zeigt das Anwachsen der Abstinenzbewegung in den verschiedensten Bevölkerungskreisen schon dadurch, daß die verschiedensten Organisationen vertreten sind. Neben den Guttemplern tritt z. B. der internationale Alkoholgegnerbund hervor, der jedoch weniger auf dauernde Mitgliedschaft berechnet ist, als darauf, eine Durchgangsbewegung darzustellen, von der die für Abstinenz gewonnenen Personen sich dieser oder jener Abstinenzvereinigung zuwenden. Der Alkoholgegnerbund hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, die sich in der Hauptsache mit geschäftlichen Angelegenheiten befaßte. An demselben Tage versammelten sich ferner der Verein abstinenter Philosophen deutscher Zunge, sowie der Verein abstinenter Pastoren. Pastor Wiernack-Bremen hielt einen Vortrag über die „Philosophie der Enthaltensamkeit“. Abends fand eine Versammlung des Vereins abstinenter Juristen und eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Germania, Abstinenzentbund an deutschen Schulen, statt. Schließlich tagte auch noch der Verein abstinenter Kaufleute. In der Versammlung des Vereins abstinenter Ärzte des deutschen Sprachgebiets hielt Dr. Fiebig-Jena einen Vortrag über „Alkohol und Nephritis“, Dr. Jõe-Flensburg über „Die therapeutische Verwendung des Alkohols“ und Dr. G. K. Fischer-Birkenhammer über „Die soziale Verpflichtung des Arztes am Kampfe gegen den Alkoholsmissbrauch“. Die Hauptversammlung des 5. deutschen Abstinenztages wurde am Donnerstag abend im „Kolosseum“ vom Schriftsteller Pönnel eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Lobben-Flensburg hieß die Gäste zu ihrer ersten und segensbringenden Arbeit im Namen der Stadt Flensburg herzlich willkommen. Die Festansprache hielt Landesversicherungsrat Ganten-Kiel über „Arbeiterversicherung und Alkohol“. Dr. med. Fiebig-Jena hielt im Auftrage des Präsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortrag über „Die Bedeutung der Alkohol-

Frage für unsere Kolonien". Mit dem Gesang des vom Amtsrichter Dr. Popert-Hamburg gedichteten „Siegesliedes der deutschen Abstinenz" war der offizielle Teil der Eröffnungsfestfeier beendet. — Aus einem Vortrage des Dr. med. Friedig-Jena, seinerzeit im Sanitätsdienst der niederländisch-ostindischen Armee, seien die Vorschläge hervorgehoben, die er der Reichsregierung unterbreitet wissen will: 1. Verbot der Einfuhr und Herstellung von Schnaps und anderen Spirituosen in den Kolonien, Beseitigung aller übrigen eingeführten alkoholischen Getränke mit einer hohen, dem Grade des Alkoholgehalts entsprechenden Steuer. 2. Anempfehlung der Enthaltensamkeit an die in den Kolonien tätigen Beamten und Offiziere seitens der Regierung. 3. Alkoholmerkmale für Beamte, Offiziere, Soldaten und Kolonisten. 4. Zurückweisung der Alkoholbesgaben für unsere Truppen durch die Regierung. 5. Aufforderung an die evangelischen und katholischen Missionsgesellschaften, Blaukreuz- oder katholische Abstinenzvereine ins Leben zu rufen, Mineralwasser- und Limonadenfabriken usw. zu errichten und Gewährung von Unterstützung durch die Regierung. 6. Verbot, daß die Eingeborenen der Jugend bis zum Alter von 16 oder 18 Jahren die heimischen alkoholischen Getränke verabreichen, Festsetzung einer Strafe darauf und womöglich Beseitigung dieser Getränke zum Schutze der Svalmen. 7. Aufklärung der Jugend in der Schule der Eingeborenen über die Ursache, Art und Bedeutung des Alkoholschadens. 8. Verbot an Beamte, Offiziere und sonstige Diener der Regierung, Eingeborenen alkoholische Getränke zu verabreichen. 9. Einsetzung einer ständigen Kommission zum Studium des Alkoholismus in Deutschland überhaupt und des Kolonialalkoholismus insbesondere, die der Regierung Vorschläge zur Abwehr des Übels zu machen hat.

Nordstrand. Ertrunken. Lehrer Theede auf Nordstrandmoor ist am Dienstag auf dem Wege durch das Watt vom Festland nach Nordstrandmoor ertrunken. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. Der so jäh aus dem Leben Geschiedene hinterläßt Frau und vier Kinder. Die Frau hat ihren Mann durch das Fernrohr im Kampfe mit dem Wasser beobachten können.

Bremen. Der Streit in der Fute Spinneret ist beendet. Freitag kamen auf Veranlassung des Gauleiters Döbler die Streikenden nochmals zusammen. Genosse

Döbler erwähnte die Versammelten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Unterstützung könne weder der Zentralvorstand gewähren, noch durch Sammlungen innerhalb der Arbeiter anderer Berufe ermöglicht werden, da seit dem Kölner Gewerkschaftskongress solche Sammlungen nur mit Zustimmung der Generalkommission veranstaltet werden dürfen. Schließlich erklärten sich die Spinnerinnen bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die ersten Abteilungen haben Sonnabend die Fabrikräume wieder betreten.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 27. Juli.
 Bauern-Butter Pfd. 1,05—1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Käse — Mk., Euten — 3,25 Mk., Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stk. 1,20 Mk., Tauben Stk. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Fliedgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Würst Pfd. 1,25—1,30 Mk., Eier 8 u. 9 Stk. 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karaulischen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90—1 Mk., Heringe 2 10 Pfg., Doriche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Kapsel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirichen Pfd. 25 Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurten 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. — Mk., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter 60—80 Pfg. — Schleie Pfd. 1,30 Mk.

Getreidepreise. Lübeck, 27. Juli.
 Weizen, 127—132 Pfd. holl. 205—210 Mk. Roggen 118—123 Pfd. holl. 210—215 Mk. Hafer nach Qualität 190—195 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 170—175 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt
 27. Juli.
 Der Schweinehandel verlief ruhig. Zugeliefert wurden 2088 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine

Schwere 68—64 Mk., leichte 68—64 Mk., Sauen 68—67 Mk. und Ferkel 59—62 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

„**Kommunale Praxis.**" Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Nr. 29 der „Kommunalen Praxis" bringt einen Bericht über den interessanten Verlauf des sächsischen Gemeindetages zu Bautzen, den bekanntlich der Ministerpräsident Graf von Hohenthal-Bergern zum Schauplatz seiner Erklärungen über das neue sächsische Wahlrecht machte. Aus den sächsischen Verhandlungen des Gemeindetages heben wir die Diskussion über die sächsischen Sparkassen hervor; die sächsische Regierung versucht neuerdings, den Kurs ihrer Staatsanleihen dadurch zu heben, daß sie die Sparkassen der Gemeinden verpflichten will, größere Beiträge der Staatsanleihe vom Markte zu nehmen und in ihre Schränke zu legen. Bei der Bedeutung dieser Frage und im Hinblick darauf, daß ähnliche Bestrebungen auch in anderen Bundesstaaten bestehen, werden die Entschlüsse des sächsischen Gemeindetages, die sich gegen das Bestreben der Regierung richten, allgemeine Aufmerksamkeit erwecken. Der Notizenartikel der „Kommunalen Praxis" bietet in seiner Reichhaltigkeit viel Agitationsmaterial für gemeindepolitische Zwecke. Da wir in manchen Teilen Deutschlands in diesem Herbst wieder neue Gemeindefortschritte zu bestehen haben werden, so empfiehlt sich eine Weiterverbreitung der „Kommunalen Praxis" von selbst. Probenummern der Zeitschrift sind vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, jederzeit gratis zu beziehen.

„**Blut und Eisen.**" Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit. Heft 42 und 43 sind erschienen. Preis pro Heft 20 Pf. = 24 Heller = 80 Cent.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul L. 27. Juli; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die uns bei dem Verlust unseres lieben Sohnes
 Peter
 erwiehene Teilnahme sagen wir unsern herzlichsten Dank.
 P. Schmalfeldt und Familie.
 Logis zu vermieten
 Weiter Lohberg 15.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldschmied, arbeit., Fünfhau 13.

Uhrlieder einsetzen 1,50 Mk.
 Taschenuhr reinigen 1,50 Mk.
 1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
 Königsstraße 62, b. d. Fürststraße
 Geben rote Rabattmarken.

Allen voran
 in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die **Arbeitsgarderoben** aus Lübeck's ältestem Spezialgeschäft von **Louis Levy** Klingenberg 5 :: Ecke Marlesgrube geftr. Lederhosen 2,10 3,50 4,50 5, 7,50 braune 2,20 3,50 4,50 10 blaue Filzhosen 1,95 2,50 3,50 6,50 Maurerhosen 2,50 3,75 4,50 8,50 Manchestershosen 3,50 4,50 5,75 10 Zwirnshosen 1,50 2,20 3, — 4,50
 Spezialität: **Samburger Schnitt-hosen** f. Maurer, Schlosser, Zimmerer
 Sämtliche Sauchweiten in Hosen vorrätig! — Blauleinen Hosen und Jacken 1,10 bis 2,50 Mk. Blau und weiß gestreifte Kajen und lein. Hemden, Maler-Jacken und Hosen von 1,90 Mk. an. Maler-Kittel von 2,30 Mk. an.
 Rote Rabattmarken!

Carl Folkers
 Möbel-Magazin
 25 Marlesgrube 25.
 Vollständige Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 Weitgehendste Garantie.
 Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

Verband d. Fabrik-, Hand-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. (Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung
 der weiblichen Mitglieder
 am Dienstag, den 30. Juli 1907,
 abends 8 1/2 Uhr
 in Vereinslokal, Johannisstraße 46—52.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Weltall und Menschheit.
 Naturwunder und Menschenwerke.
 Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.
 Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.
 Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.
 Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
 Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.
 Das Werk wird zum ersten mal in Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.
 Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstrasse 50.

Extra-Angebot.
 Ein Posten Kinder-Kleider
 ca. 200 Stück
 mit 50% Preisermäßigung
 (also für die Hälfte des Wertes)
 empfehlen
Gebrüder Barg
 Kohlmarkt 5. Fernruf 1739.

Pa. Bickbeeren
 täglich frisch, Pfd. nur 18 Pfg.
Gebrüder Spies, Fischstr. 33.
Wilhelm-Theater.
 Dienstag: 63. Abonnements-Vorstellung. Sensationellste Neuheit der Gegenwart.
Raffles,
 der Amateur-Einbrecher.
 Zur Zeit in Berlin, Paris und London täglich zur Aufführung gebracht.
 Anfang 8 Uhr.
 Mittwoch: Benefiz für G. Braatz. Henrik Ibsen's
Stützen der Gesellschaft.
Stadthallen-Theater.
 Direktion: Ludwig Piorkowski.
 Dienstag, 8 Uhr. 43. Abonnem.-Vorstellung.
Der Obersteiger.
 Operette in 3 Akten von Carl Zeller.
 Mittwoch letzte Aufführung des sensationellen Schlagers
Der Dieb.

An die Parteigenossen Preußens!

Durch die am Anfang dieses Jahres stattgehabten Reichstagswahlen waren die Unterzeichneten gezwungen, die für Ende 1906 geplante Zusammenkunft der Parteigenossen Preußens zu verschieben.

Wir berufen nunmehr im Einverständnis mit dem Parteivorstand und der Organisation Groß-Berlins den

zweiten preussischen Parteitag

auf Donnerstag, den 21. November, früh 9 Uhr,

nach Berlin, in die Räume des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, ein und bitten die Genossen Preußens, diese Tagung durch Delegierte beschicken zu lassen.

Als vorläufige Tagesordnung und Referenten sind in Aussicht genommen:

1. Die Organisation in Preußen. Referent: Genosse Hugo Haase-Königsberg.
2. Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. Referent: Genosse Eduard Adler-Kiel.
3. Die Landtagswahlen 1908. Referent: Genosse Dr. Leo Urons-Berlin.
4. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Legien.
5. Selbstverwaltung und Gemeinde. Referent: Stadtverordneter Genosse Paul Hirsch-Charlottenburg.

Die weiteren Veröffentlichungen werden im August erfolgen.

Alle Anfragen, sowie die Anmeldung der Delegierten sind an den Mitunterzeichneten, Leopold Liepmann, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Mit Parteigruß!

Eugen Ernst. Emil Boeske.
Leopold Liepmann.

Um das Frauenwahlrecht.

Genossin Zetkin veröffentlicht in der „Gleichheit“ folgenden bemerkenswerten Artikel:

Das Frauenwahlrecht steht auf der provisorischen Tagesordnung des Internationalen Sozialistischen Kongresses, der am 18. August in Stuttgart zusammengetreten wird. Es ist als Verhandlungsgegenstand für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen vorgesehen, die in Verbindung mit dem Kongress tagen soll.

Wie die Dinge liegen, ist eins klar. Es kann sich dabei nicht um eine bloße prinzipielle Sympathieerklärung und Demonstration für das Frauenwahlrecht handeln. Eine solche würde offene Türen einrennen. Wie der internationale Sozialismus prinzipiell zum Frauenwahlrecht steht, ist seit langem entschieden. Während in den meisten Ländern die bürgerlichen Parteien — auch die radikalsten — die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes mit unwiderlicher sentimentaler Philisterweisheit abgelehnt haben, während sie in ihren Reihen nur vereinzelte Verfechter des höchsten sozialen Frauenrechtes aufweisen, es sei denn, daß sie beginnen, sich für ein beschränktes Damenwahlrecht zu begeistern; haben die sozialistischen Parteien aller Nationen von Anfang an das Bürgerrecht des Weibes in ihrem Programm gefordert. Die Forderung wurde auch bereits international bekräftigt. Der zweite Internationale Sozialistenkongress zu Brüssel besprach sich dank der Initiative unserer

Genossin Zetkin in einer Resolution für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes aus.

Es kann daher keineswegs die Aufgabe der Stuttgarter Tagungen sein, den Genossinnen Gelegenheit zu geben, neuerlich theoretisch ein Recht zu begründen, welches zu einer allgemeinen Programmforderung geworden ist, die grundsätzlich von niemand angefochten wird. Um was es geht, das ist die Entfaltung einer kräftigen Aktion allerwärts, welche den prinzipiell anerkannten Anspruch aus der Theorie in die Praxis überzuführen strebt.

Gewiß: in dieser Beziehung ist national in einzelnen Ländern gar mancher Vorstoß unternommen worden. Und der erste Schritt wurde getan, um den Kampf für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechtes international zu entfesseln, ihn überall dort in Fluß zu bringen, wo das Proletariat unter sozialistischer Führung um die Demokratisierung des Wahlrechts ringt. Der Internationale Sozialistische Kongress zu Amsterdam nahm fast einstimmig eine dahingehende Resolution an, welche die deutsche Delegation getreu dem Mandat des Dresdener Parteitags eingebracht hatte. Jedoch lassen bestimmte Vorgänge eine gründliche Erörterung der Frage und ein entschiedenes weiteres Vorwärtsschreiten zur Verwirklichung der Forderung nötig erscheinen.

Nach Amsterdam hat die schwedische und nach ihr die österreichische Sozialdemokratie getan, was die belgische vor Amsterdam praktiziert hatte: Die Forderung des Frauenwahlrechts wurde aus der Wahlrechtskampagne ausgeschaltet. Außerdem kommen noch andere Erscheinungen in Betracht. In England gewinnt der Kampf um das Frauenwahlrecht immer größere Bedeutung, allein dieser Kampf wird in der Hauptsache um ein beschränktes und nicht um das allgemeine Frauenwahlrecht geführt, und die Sozialisten — in Fraktionen gespalten — stehen ihm in verschiedener Haltung gegenüber. Vor allem aber zeitigt die Verhärterung des Klassenkampfes innerhalb der bürgerlichen Parteien aller Länder Entwicklungstendenzen, welche auf einen Frontwechsel in der Frage des Frauenwahlrechts hindeuten und ganz besonders eine starke und wachsende Neigung zur Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts erzeugen. Da gilt es für den internationalen Sozialismus, sich nirgends durch Möglichkeiten überlassen und überempfindlich zu lassen, die über Nacht zu Wirklichkeiten reifen können, ihnen vielmehr weitestgehend vorzukommen und dem proletarischen Befreiungskampf nutzbar zu machen.

Die Tatsachen, auf die wir verwiesen haben, lassen es aber klar hervortreten: die Sozialdemokratie kann heute die Frage des Frauenwahlrechts nicht mehr an sich als abstrakte Rechtsforderung erörtern. Sie muß sie vielmehr in ihrem gegenständlichen praktischen Wesen erfassen, in ihren Verknüpfungen und Wechselwirkungen mit der allgemeinen gesellschaftlichen Situation, ganz besonders aber in ihrem Zusammenhang mit der Emanzipationsbewegung des Proletariats und ihren jeweiligen Phasen. Die grundsätzliche Bedeutung der Forderung hat dabei nichts zu verlieren, denn sie ist fest in der proletarischen Klassenlage und den Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes verankert.

Nur wenn man den oben aufgezeigten Zusammenhang festhält, wird verständlich, was sonst unbegreiflich wäre: Daß in mehreren Ländern die Sozialdemokratie aus Wahlrechtskampagnen ihre grundsätzliche Programmforderung voller politischer Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes zurückgezogen hat, ohne für sie gekämpft zu haben; daß in anderen Ländern vereinzelte, aber einflussreiche sozialistische Stimmen laut geworden sind, nach denen die Zeit für die Einführung des Frauenwahlrechts überhaupt noch nicht erfüllt ist.

Unter welchen Umständen und in welcher Form auch immer die zeitweilige Preisgabe der grundsätzlichen Forderung erfolgt ist: sie wurde mit der höheren Bedeutung gerechtfertigt, welche dem proletarischen Befreiungskampf auch für die volle soziale und menschliche Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechtes zukommt. Unbetritten, daß das dauernde Klasseninteresse des Proletariats vor dem Augenblicksinteresse des weiblichen Geschlechtes geht. Nur bürgerliche Frauenrechtler mag sich darüber entrüsten, der das Verständnis dafür abgeht, daß die Frauenfrage als Teil

der sozialen Frage nur zusammen mit dieser durch die Überwindung der kapitalistischen und den Aufbau der sozialistischen Ordnung gelöst werden kann. Aber stimmt auch die aus dem richtigen Vorderjah abgeleitete Schlussfolgerung? Das ist zu prüfen, und das ist's, was wir an unserem Teile in den vorliegenden Fällen bestreiten.

Die Auffassung, daß die Forderung des Frauenwahlrechts vertagt werden müsse, weil die mangelnde politische Schulung und Reife großer weiblicher Bevölkerungsmassen die Herrschaft der reaktionären Parteien stärken werde, mithin eine schwere Gefahr für den Vormarsch des kämpfenden Proletariats sei, ist in dem letzten belgischen Wahlrechtsfeldzug mit von Einfluß auf die Haltung der Partei gewesen. Sie zählt in Holland und anderwärts noch Anhänger. Nahelegend genug begegnet man ihr besonders in solchen Ländern und Gegenden, wo der Klerikalismus Trumpf ist, und das Geistesleben der überwiegenden Mehrzahl Frauen vollständig im knechtenden Banne der Geisteslichkeit steht. Unseres Dafürhaltens darf sich aber die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht nicht durch die kurzfristigen Wahl- und Mandatsrechnungen schrecken lassen, welche die bürgerlich-liberalen Parteien hypnotisieren. Sie lebt nicht wie jene von der Hand in den Mund und faßt soziale Erscheinungen nicht lediglich als abgeschlossenes, dauerndes Sein auf, sondern in ihrem Wandel. Sie beurteilt daher auch die politische Rückständigkeit des weiblichen Geschlechtes und ihre eventuellen reaktionären Folgen in ihrer geschichtlichen Bedingtheit und bleibt eingedenk, daß die nämliche politische Emanzipation, die heute vielleicht vorübergehend die Reaktion zu stärken vermag — was nicht einmal zweifelsohne ist, siehe den Wahlausfall in Finnland! — morgen schon und auf die Dauer die Sache der Revolution fördern muß.

In der Tat: die offenen oder verhüllten reaktionären Parteien können nicht mittels des Frauenwahlrechts die Massen des weiblichen Geschlechtes zum politischen Kampf in die Arena rufen, ohne in der Rolle des Zauberkochlings Geister zu beschwören, die sie nicht wider loswerden. Ganz gegen ihren Willen öffnen sie der politischen Agitation, der politischen Aufklärung unter diesen Massen Tür und Tor; legen sie damit Art und Brecheisen an die letzte Festung des „Unverstandes der Massen“, hinter der ihre Herrschaft sich schutzsuchend verchanzen wollte; bringen sie den Klassenkampf zwischen den Tamen der Bourgeoisie und den Frauen des Proletariats zur vollen Entfaltung. Die politisch rechtlose und stumpfsinnige Proletarierin läßt sich im Schatten des Beischützes oder beim Klatschen der junkerlichen Weitsche zur Wahlhelferin der reaktionärsten Parteien erniedrigen. Die politisch emanzipierte und aufgeklärte Frau der werktätigen Masse stimmt früher und arbeitet später sicher für die Sozialdemokratie. So heißt das Frauenwahlrecht die Wunden, die es jeweilig auch dem revolutionären Proletariat schlagen könnte, es führt dessen Kämpfen neu, wertvolle Kräfte und Säfte zu. Davon zu schweigen, daß es dem Proletariat wahrlich nicht ansteht, das Frauenwahlrecht genau mit den gleichen Gemeinplätzen abzulehnen, auf die sich die besitzenden Klassen berufen haben und noch berufen, um dem männlichen Proletariat volles Bürgerrecht vorzuenthalten.

Freilich: noch andere Gründe sind dafür ins Feld geführt worden, daß in einzelnen Ländern die Sozialdemokratie gegebenen Augenblicks auf den Kampf für das Frauenwahlrecht verzichtet hat. In Belgien und Schweden wurde das Eintreten für die grundsätzliche Forderung der Hoffnung geopfert, dem Wahlrechtskampfe liberale Freunde zu gewinnen, ihn gegen reaktionäre Manöver zu sichern und dadurch wenigstens die Eröberung des allgemeinen Männerwahlrechts durchzusetzen. In beiden Fällen hat sich die Hoffnung als trügerisch erwiesen. Die Wahlrechtsreform wurde in Belgien von den Liberalen schmüde wie je vertragen, in Schweden scheiterte sie trotz allem an dem zähen Widerstand der Ersten Kammer. Die Besorgnis, durch Verquickung des Ringens um das allgemeine Männerwahlrecht mit der Vertretung des Frauenwahlrechts den Gegnern willkommenen Anlaß zu bieten, an dem bitteren Ernst des proletarischen Kampfes zu zweifeln, die Wahlrechtsreform zu verschleppen, womöglich gar nach ab zu schichten: veranlaßte die österreichische Sozialdemokratie, die Forderung zurückzustellen. Aber auch ohne daß diese für die volle politische

Der Übel grösstes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Lehteren hast Du selbst erraten“ — beide sind im Bunde —

„Unmöglich — Schodler, der ehrenwerte Schodler —“
„Mit ein erbärmlicher Heuchler, ein habgieriger Schurke, der mit Farnkoff alles in Szene gesetzt und außer mir noch eine Anzahl Leute verleitet und ins Unglück gestürzt hat! Aber Du wirst schweigen, Marie, nicht wahr?“

„Ihr Geheimnis ist auch Deines. Denkst Du, daß ich meinen Mann verraten werde?“

„Du hast recht — wir tragen einerlei Schuld und unser Geschick ist untrennbar verflochten,“ erwiderte der Fabrikant düster. „Doch weiter. Ich begab mich also zu Schodler und trug ihm mein Anliegen vor. Erst schien er mich höflich abzuweisen zu wollen, dann blickte er mich in eigentümlicher Weise an und fragte plötzlich: Sind Sie nicht gelernter Mechaniker, Herr Friedmann? — Jawohl, entgegnete ich, warum? — Es fiel mir nur so ein, sagte er. Nun, ich will mir die Sache überlegen. Es hat ja, wie Sie sagen, noch ein paar Tage Zeit. Kommen Sie morgen noch einmal wieder. Ich kam und er empfing mich äußerst liebenswürdig, lud mich zu einem Glase Bier ein und trank mir tüchtig zu. Erst später fiel mir ein, warum er das Gespräch auf alle möglichen Dinge lenkte. Er wollte mich ausforschen, vor allem über meine Ansichten in betreff gewisser Verstöße gegen die gesetzliche Ordnung. Ich machte aus meinen Grundrissen kein Hehl, gab aber zu, als er mir diesen Einwand tat, daß ich zum Beispiel ein Vergehen aus Not nicht so hart beurteilen könne wie manche andere. Da knüpfte er an und führte mich weiter. Mit dem Gelde hielt er mich immer hin, bis ich immer mehr in Angst und Verzweiflung geriet — und erst am Abend des Verfalltages, als ich das erste Akzept bereits hatte zurückgehen lassen müssen, als ich meiner Sinne vor Verzweiflung kaum mehr mächtig war und in meiner Angst noch einmal zu ihm hinauf lief, da — da rückte er mit der Sprache heraus, nachdem er sich meiner Verzweiflung durch einen Eid versichert hatte. Und nun, fast bis zum Wahnsinn aufgeregert, durch die mir im Übermaß vorgelegten Getränke erhitzt, in zitternder Furcht vor dem

mir drohenden Verhängnis, in jener verbittert — desperaten Stimmung, in welcher selbst der beste Mensch zu einer seinem inneren Wesen gänzlich fern stehenden Handlung fähig ist, erklärte ich mich für den Bundesgenossen der Falschmünzer! O Marie, Du weißt nicht, welche Verdrämtheit jener Farnkoff besitz — mir wirbelte der Kopf, mir kochte das Blut — am anderen Morgen, als ich recht zur Besinnung kam, wollte ich wieder hingehen und dem elenden Heuchler das Geld vor die Füße werfen — da kam gerade der Rechtsanwält, der den Wechsel-Protest aufnehmen sollte. Tiefbeschämt griff ich nach der Summe und zahlte — und da war ich verfallen — verfallen für immer!“ schluchzte der starke Mann, sein Gesicht in beide Hände verbergend.

„Georg, warum hast Du mir nicht vertraut? Hättest Du mir alles gesagt, es wäre nie soweit gekommen!“

„Ich glaube es, Marie — o verfluchte mich nicht, ich habe meine Schuld durch qualvolle Reue und Angst schon schwer gebüßt! Schiller hat recht: Der Übel grösstes aber ist die Schuld! Ich werde niemals wieder glücklich sein können! Und was das schlimmste ist: ich sehe keinen Ausweg aus diesem Labyrinth — ich bin verloren, rettungslos verloren!“

In stummem Schmerz saßen die Gatten lange nebeneinander, Hand in Hand geschlungen. Endlich sprach Marie leise:

„Armer Georg!“

„Du kannst mir vergeben, Marie?“

„Ich bin Dein Weib — ich kann mir denken, wie groß die Versuchung war, da ich Dein hohes Ehrgefühl kenne! Ich habe seit Wochen mit angesehen, wie Du gelitten hast —“

„Du kannst mir vergeben, Marie?“ wiederholte er flehend.

„Ich weiß es nicht,“ entgegnete sie ausweichend. „Die Wahrheit ist zu fürchtbar, als daß ich gegenwärtig klar zu denken oder mir von etwas Rechenschaft zu geben vermöchte. Ich weiß nur, daß ich an Deiner Stelle anders gehandelt hätte!“

„Die Versuchung Marie —“

„Gewiß, schon mancher ist ihr unterlegen, der sich für unbesiegbar hielt. Und ich selbst will mich nicht als Tugendmuster hinstellen, Georg — ich will nur damit sagen, daß ein Weib einer derartigen Versuchung nicht

unterlegen wäre. Wir empfinden eben anders als die Männer — aber es gibt vielleicht Schlingen genug, in die ich stürzen würde, während sie für Dich nicht vorhanden sind.“

„Du magst recht haben.“

„Ich fühle, daß es so ist.“

Wieder herrschte einige Zeit Totenstille in dem kleinen Zimmer. Georg begann zuerst wieder:

„Also Du hast mich durchschaut, Marie? Du sahst, wie ich litt?“

„Ja, Georg. Ich merkte bald, daß es nicht mehr unsere geschäftlichen Bedrängnisse allein waren, die Dich bedrückten. Du warst so unruhig, wie nie vorher, der Schlaf floh Dein Lager — im Traum murretest Du seltsame, erschreckende Worte. O wie oft lag ich nachts wach und beugte mich über Dich, um mit ängstlicher Frage Dein zuckendes Antlitz zu betrachten. Was ist mit ihm? fragte ich mich. Und natürlich steigerte sich diese Unruhe zu tödlicher Furcht, als ich wahrnahm, daß Du mich heimlich verließest, daß Du mich über Deinen Verbleib während der Abende nicht mehr die Wahrheit anvertraustest. Du hattest mir mitgeteilt, Du wollest in Heiersdorf drüben einer Versammlung beizuhören, ich habe den Weg nicht gesehen, ich bin hinübergegangen — Du warst nicht dort, Georg — so wenig wie vor drei Tagen im Gasthof zum Kurfürsten, wo Ihr angeblich zu einer Besprechung wegen des neuen Lohntarifs zusammenkommen wolltet. Nun wußte ich, daß Du mir etwas verheimlichtest, etwas Böses — ich dachte an das Spiel — die Hoffnung zu gewinnen, unsere Umstände zu verbessern, hatte Dich dem Spielteufel in die Arme getrieben — o wie fürchterlich dieser Verdacht auf mich lastete. Und doch war mein seelischer Zustand, solange ich ihn hegte, noch selig zu nennen gegen den, in welchem ich mich nun befinde!“

„Ich glaube es,“ bestätigte er mit heiserer Stimme. „Daß Du heute wieder von mir fort wollest, wußte ich schon den ganzen Tag,“ fuhr die junge Frau mit geprehter Stimme fort, „Dein gedrücktes Wesen, Deine Besessenheit, Dein gefügiges sanftes Benehmen gegen mich und die Kinder, daß selbst den Unarten unseres kleinen Georg gegenüber kein schärferes Wort zu finden wußte — Deine angebliche Müdigkeit, die Dich zwang, früh das Bett zu suchen — nun wohl, ich stellte mich, als sei ich ebenfalls müde, ich ging mit Dir zeitig zu Bett und stellte mich fest schlafend. Sobald Du jedoch aus der Kammer warst, warf ich rasch meine

Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gekämpft hätte, hat die Reaktion ihre ganze Kraft erschöpft, um die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts hinauszutreiben und dieses selbst nach Möglichkeit zu verunmöglichen. Sie zwang deshalb das bürgerliche Proletariat, den aufgenommenen Kampf mit aller Wucht und Schärfe weiterzuführen und schließlich die revolutionäre Kriegswaffe des Massenstreiks in Bereitschaft zu halten. Kurz, beide feindliche Mächte sind in der Kampagne der Wahlrechtsreform bis an die Grenze des Äußersten gegangen.

Den drei angeführten Fällen ist ein Zug gemeinsam. Die grundsätzliche Forderung des Frauenwahlrechts wurde — wie andere Wahlrechtsforderungen noch — zeitweilig hinter Zweckmäßigkeitsrückichten zurückgestellt, die sich als gegenstandslos erwiesen haben. Warum das? Unserer Meinung nach werden je länger je mehr alle Klagen und feinen Berechnungen darüber, welche Selbstbeschränkung der sozialdemokratischen Forderungen, welche politischen Allianzen und parlamentarischen Kombinationen den Widerstand gegen die Demokratisierung des Wahlrechts zu brechen vermögen, durch eine Tatsache über den Haufen geworfen. Wo die bestehenden Klassen vor dem organisierten zielbewussten Proletariat um ihre Klassenherrschaft zu zittern beginnen, da werden sie jede Wahlrechtsreform nur noch im Hinblick auf den Kampf um die politische Macht zwischen der ausbeutenden Minderheit und den ausgebeuteten Massen. Auch in der bestehenden Wahlrechtsreform wittern sie einen Anfang vom Ende ihrer Herrlichkeit. Solange und soweit es irgend noch in ihrer Kraft steht setzen sie daher jeder Demokratisierung des Wahlrechts hartnäckigen Widerstand entgegen, und verschämte und unverhohlene Reaktionen äßen sich dabei immer regelmäßiger brüderlich in die Arme. Was im letzten Grunde über den Erfolg der proletarischen Wahlrechtskämpfe entscheidet, das ist folglich keineswegs das Maß und der Charakter der jeweilig erhobenen Forderung, sondern die Macht, welche das Proletariat hinter sich setzen will und kann. Von diesen Gedankengängen geleitet, vermögen wir der Taktik unserer in Frage kommenden Bruderparteien nicht zuzustimmen und sie vor allem nicht — wie wiederholt und in verschiedenen Ländern empfohlen worden ist — als Beispielgebend für das Verhalten der Sozialdemokratie zum Frauenwahlrecht anzuerkennen.

Unserer Überzeugung nach darf die Sozialdemokratie auch nicht in ihren Wahlrechtskämpfen ihre grundsätzlichen Forderungen kampflös Gründen der Opportunität aufopfern. Sie darf das zweimal nicht tun, wenn es sich um einen prinzipiellen Programmpunkt von so großer, weittragender Bedeutung handelt, wie es die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, der Hälfte jeder Nation ist; um einen prinzipiellen Programmpunkt, dessen Verteidigung und Verwirklichung auch im Hinblick auf den proletarischen Klassenkampf geboten ist. Grundsatz und Taktik, Theorie und Praxis gehören nicht zwei gegenwärtigen Welten an. Sie sind eine organisch verbundene Einheit, jede Hintansetzung des Prinzips rächt sich daher früher oder später in der Praxis, und eine grundsätzliche Politik ist auf die Dauer die zweckmäßigste. Nicht als Partei der Opportunistenrücksichten und der kleinen Eintagsfliegen, wohl aber als konsequente Verfechterin einer grundsätzlichen Stellungnahme zu der sozialen Frage und ihren vielgestaltigen wichtigsten Teilproblemen erfaßt die Sozialdemokratie die breitesten Massen, schlägt sie siegreich ihre großen Schlägen.

Ihrer grundsätzlichen Auffassung getreu, muß sie daher auch im Kampfe für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts allen bürgerlichen Parteien samt den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vorangehen. Das ist nicht minder ein Gebot ihrer geschichtlichen Erkenntnis, daß der Besitz des Wahlrechts für Millionen Frauen zur sozialen Lebensnotwendigkeit geworden ist, wie ihres Gerechtigkeitsinstinzes, welcher die Leistungen des Weibes als Berufstätige, Gattin und Mutter nach ihrer sozialen Bedeutung wertet. Das ist vor allem auch ein Gebot des proletarischen Klasseninteresses. Je wichtiger die Rolle wird, welche die Frau im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben spielt, je härter die Klassengegensätze aufeinanderstoßen und die Klassenkämpfe verschärfen, um so dringender bedarf das Proletariat der Frauen seiner Klasse als organisierter, geschulter Mitstreiterinnen. Jedoch weder an seinen wirtschaftlichen noch an seinen politischen Kämpfen vermögen die Proletarierinnen in vollem Umfang und mit ganzer Kraft teilzunehmen so lange sie mit Kindern, Geisteskranken und Ehrlosen gleichgestellt, unbeschränkter politischer Bürgerrechte entbehren. Des weiteren schafft das Eintreten für das Frauenwahlrecht der proletarischen Wahlrechtskämpferinnen eine breitere Grundlage und pflanzt inmitten ihres Schlagschlaggetümmels und des Klassenringens überhaupt eine Fahne, deren hehre Lösung große und begeisterte Heerhaufen neuer Streiterinnen und Streiter wirbt. Es hält — und das dünkt uns besonders wertvoll — die Massen geistig in Atem, zwingt sie, mit alten Anschauungen und Einrichtungen abzurechnen, die

durch Jahrhunderte geheiligt sind, wirkt dadurch im höchsten Maße revolutionierend auf ihr allgemeines persönliches und soziales Bewußtsein zurück, reizt insbesondere die Proletarierinnen aus Hoffnungs- und Gedankenlosigkeit empor und wandelt sie aus gebulbigen Kreuzgestirten, die jeder sozialen Quacksalberei gläubig nachlaufen, in zielbewusste Kämpferinnen, die sich um die Sozialdemokratie scharen. Es reizt mit alledem die geistige und politische Rückständigkeit aus dem letzten und sichersten Schlupfwinkel, in dem sie im Hinterhalt liegt, die kämpfende Gegenwart des Proletariats verwüsten, seine Zukunft — das heranwachsende Geschlecht — bedrohend: aus der Familie des arbeitenden Volkes. Kurz, es erweist sich als ein vorzügliches Mittel, die proletarischen Massen ohne Unterschied des Geschlechtes zu revolutionieren, zu sammeln und damit über die jeweiligen Tageskämpfe und ihre Ziele hinaus die dauernde Vereinigung des Proletariats als Klasse zum Ringen für das Endziel zu fördern. Schließlich schwächt der Kampf für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts die Gegner der Sozialdemokratie. Er sät Unruhe und Zersplitterung in ihre Reihen, indem er die sozialen Gegensätze zwischen Mann und Frau der bestehenden Klassen sowie der sozialen Gegensätze zwischen den Frauen der ausbeutenden Minderheit und der ausgebeuteten Massen klar in Erscheinung treten läßt und alle politischen Parteien, alle sozialen Gruppen vor die Notwendigkeit stellt, unabweisend Stellung dazu zu nehmen. So führt das Festhalten, das starke Betonen der grundsätzlichen Forderung sowohl in der Alltagsarbeit wie in den Wahlrechtskämpfen zur Stärkung der Macht, zur Steigerung der Stoßkraft der Sozialdemokratie.

Die geschichtliche Entwicklung trägt außerdem Tendenzen in ihrem Schoß, welche dem Kampfe um das Frauenwahlrecht in allen Ländern eine wachsende praktische Bedeutung verleihen. Die bürgerlichen Parteien werden auf der einen Seite immer mehr zu einer Revision ihrer Anschauungen über das Frauenwahlrecht durch die bürgerliche Frauenbewegung veranlaßt, die der soziale Kampfausdruck der steigenden äußeren und inneren Lebensnot der bürgerlichen Frauenvwelt ist. Mehr noch geraten sie jedoch auf der andern Seite ins Gedränge durch das kämpfende Proletariat, das nicht bloß die Reform der bürgerlichen Gesellschaft erstrebt, vielmehr die Überwindung der ersten und die Revolution der letzteren. Der Anblick der anschwellenden proletarischen Heerhaufen, deren bedrohliche Macht langsam, aber sicher reift, läßt ihnen das beschränkte Wahlrecht als rettenden Ausweg aus der Bedrängnis erscheinen. Die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts erlaubt den bürgerlichen Parteien, sich fortschrittlich zu schminken, aber stöckreaktionär zu handeln. Es trägt ein demokratisches Mäntelchen, hat aber eine plutokratische Seele. Es ist zwiespältiger Natur. Seinem innersten Wesen nach bedeutet es weit weniger die erste Stufe zur politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, als vielmehr die letzte Stufe der sozialen, der politischen Emanzipation des Weibes.

Es bringt die politische Gleichberechtigung der Besitzer von gleich großem Vermögen, bezw. von gleichen Steuerstufen. Es mißachtet das Recht der Frau als Persönlichkeit und respektiert ihre Macht als Besitzerin von Eigentum. Es verleihet der Frau nicht das Bürgerrecht, weil sie eine Frau, sondern obgleich sie eine Frau ist, nur weil sie als Besizende auftritt. Was es daher emanzipiert, ist nicht das weibliche Geschlecht, sondern den weiblichen Geldbeutel, das weibliche Eigentum. Es läßt daher auch die breiten Massen der nichtbesitzenden Frauen nach wie vor politisch rechtlos. Das beschränkte Frauenwahlrecht wirkt in der Folge als Naturalwahlrecht der bestehenden Klassen und stärkt ihre politische Macht auf Kosten der Besitzlosen, ohne Unterschied des Geschlechts. Es erschwert und hindert dadurch den Kampf für die weitere Demokratisierung des Wahlrechts, für Reformen überhaupt zugunsten eben dieser Besitzlosen. Und gerade dieser seiner reaktionären Wirkungen halber wird es heutzutage immer häufiger als Kampfesmaßregel gegen das Proletariat ins Auge gefaßt.

Es versteht sich am Rande, daß die Sozialdemokratie das beschränkte Frauenwahlrecht grundsätzlich mit aller Schärfe bekämpft. Und zwar dadurch, daß sie ihm die Forderung eines Frauenrechts entgegenstellt, das in Prinzip und Praxis tatsächlich die politische Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechtes bedeutet: das allgemeine Frauenwahlrecht. Ob Sozialdemokraten im Parlament unter Umständen dennoch für ein beschränktes Frauenwahlrecht stimmen können, das hängt davon ab, in welchem Umfange es etwa auch proletarische Frauenmassen emanzipiert; dafür ist vor allem ausschlaggebend, ob seine Einführung den weiteren Wahlrechtskampf fördert und die sozialen Gegensätze und Konflikte zu schärferer Entfaltung bringt. Möglich, ja gewiß, daß bürgerliche Frauenrechtlerinnen über die entsprechende Stellung der Sozialdemokratie als über „Prinzipienverrat“ zeteren. Sei's drum! Nicht wir, sie verraten das Prinzip, indem sie

den Anspruch der Frau als Persönlichkeit dem Recht der Ochyen, Ekel, Häuser, Taler und Papierscheine opfern, die bürgerlichen Damen ererbt, oder vielleicht auch im Schmutz einer Prostitutionskette aufgehoben haben.

Der Kampf der Sozialdemokratie für das Frauenwahlrecht ist international, er muß jedoch national geführt werden, wie andere Kämpfe des Proletariats auch. Es bleibt daher eine Binsenwahrheit, daß er nicht nach Schema F geführt werden kann, vielmehr die geschichtlichen Besonderheiten eines jeden Kampfes berücksichtigen muß. In Ländern — wie im Deutschen Reich — wo das politische Bürgerrecht der proletarischen Massen überhaupt noch geschichtlich und beschränkt ist, scheint der Kampf um die allgemeine Demokratisierung des Wahlrechts als der Strom, welcher das Schiffelein des Frauenwahlrechts trägt. In England und anderwärts erachten wir umgekehrt, daß der Kampf um das Frauenwahlrecht den noch unerfüllten allgemeinen proletarischen Wahlrechtsforderungen nutzbar gemacht werden sollte. In anderen Ländern und unter bestimmten Umständen kann sich wiederum der Kampf um das allgemeine Frauenwahlrecht allein als Notwendigkeit erweisen. Auf verschiedenen Straßen und in verschiedenen Etappen wird das Proletariat auch im Kampfe für das Frauenwahlrecht seinem Ziele zuzuarbeiten. Was den Kampf international ein, das ist das Ziel selbst, das sind bestimmte grundsätzliche Richtlinien, die sich aus dem geschichtlichen Zusammenhänge zwischen Frauenfrage und sozialer Frage ergeben.

Diese Richtlinien zu erörtern und festzulegen wird die vornehmste Aufgabe der internationalen Tagungen zu Stuttgart sein. Mittel und Wege zu finden, wie diesen Richtlinien entsprechend die Agitation für das Frauenwahlrecht kraftvoll betrieben werden kann, das muß Sache der Sozialdemokratie jeder Nationalität bleiben. Denn wenn irgend etwas der internationalen Schablonisierung spottet und die genaueste Beobachtung der geschichtlich verschieden gelagerten tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Länder fordert, so sind es die Mittel und Wege der Agitation. Die deutschen Genossinnen werden der internationalen Frauenkonferenz eine Resolution vorlegen, welche, von den hier entwickelten Gesichtspunkten ausgehend, einige grundsätzliche Richtlinien für den Kampf um das Frauenwahlrecht aufstellt. Wir werden diese Resolution in nächster Nummer veröffentlichen. Es wird die Aufgabe der proletarischen Frauenbewegung in allen Ländern sein, den vom Internationalen Kongress gezeichneten Richtlinien entsprechend die proletarischen Frauenmassen zum Ringen für ihr Bürgerrecht zu mobilisieren und sie dauernd dem revolutionären Klassenkampfe des Proletariats als Mitstreiterinnen einzugliedern, gleichzeitig aber auch als unermüdet treibende Kraft im sozialdemokratischen Kampfe für die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechtes zu wirken. Wir sind überzeugt, daß beide internationale Beratungen dazu beitragen, den Sieg des Frauenwahlrechts und darüber hinaus den Sieg des revolutionären Proletariats über die kapitalistische Ordnung vorzubereiten.

Soziales und Parteilieben.

Vom Vormarsch der Gewerkschaften im Jahre 1906. Das reichsstatistische Amt veröffentlicht jetzt die Ziffern über die gewerkschaftliche Entwicklung im Jahre 1906. Sie legen wiederum Zeugnis ab von der glänzenden Entwicklung und der großen Bedeutung der freien Gewerkschaften. Es hatten danach Mitglieder die

Freien Gewerkschaften Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	Zentrums-gewerksvereine Mitgliederzahl am 1. April	S.-D. Gewerkvereine Mitgliederzahl am Jahresluß
1900	680 427	91 661
1902	738 206	102 851
1904	1 052 108	111 889
1905	1 344 803	117 097
1906	1 689 785	215 884

Am schlechtesten haben sich die Hirsch-Dunckerschen entwickelt; sie nahmen seit 1900 nur um 26 847 Mitglieder zu, oder 4474 pro Jahr. Besser entwickelten sich die Zentrums-gewerksvereine; ihre Mitgliederzahl nahm seit 1902 um 136 807 oder jährlich um 35 570 zu. Zieht man aber ihre riesige Agitation und ausgebreiteten Hilfsmittel (Presse, Klerus usw.) in Betracht, so erscheint das Resultat sehr geringfügig gegenüber den großen Worten. Alles überragt weitaus die Entwicklung der freien Gewerkschaften. Sie gewannen seit 1900 über eine Million Mitglieder (1 009 358), oder pro Jahr 168 226!!! Allein 1906 haben sie über 800 000 Mitglieder gewonnen, das heißt mehr als die Zentrums-gewerksvereine seit ihrem Bestehen.

Kleider und ein Tuch über — ich sah Dich durch den Garten schleichen und der Wiese zugehen — ich folgte Dir heimlich. Bald merkte ich, daß Dein Weg Dich nach der Bergschente führte — das bestärkte mich in meiner Mutmaßung, Du seist zum Spieler geworden! In der Tat, ich erblickte trotz der späten Stunde noch Licht in der Schenke — ich konnte nicht zuwiegeln? Aber was war das — Du bogst ein Stück davon nach der Seite ab, schlugst Dich in den Wald — also nicht die Schenke war Dein Ziel? Mir fluchte das Blut in den Adern — was bedeutete das? Da fiel mir der Brief meines Bruders ein — um Gotteswillen, er gehörte zu denen, die Marz zu suchen hierherkommen — wie ein Blüßstrahl die eben noch trocknere Nacht, so durchleuchtete dieser Gedanke mit einem Schläge meine Seele! Und er ward mir zur Gewissheit, als ich bemerkte, wie Du Dich umwandtest, wie Du vorsichtig nach allen Seiten umherlauschtest und dann im Walde verschwandest — weiter konnte ich Dir nicht nachspüren, die Dunkelheit verbergte mir den Weg, den Du gingst, nachdem ein Gefühl Dich meinen Augen entzogen hatte. So wartete ich auf Dich — Georg, was soll aus uns werden! Ich schloß die unglückliche Mutter mit einem aus tiefer Brust sich lösenden Seufzer. „O warum hast Du uns das getan!“

„Nate Du mir, was ich tun soll, Marie — Du bist von Natur so gut, daß dein Gefühl Dich immer den rechten Pfad erkennen läßt,“ jagte er dumpf.

„Ich weiß nur einen Rat, Georg: Du mußt sofort Deine Verbindung mit diesen Menschen, wer sie auch sein mögen, lösen — mag daraus werden, was wolle! Was Du einmal getan, ist nicht rückgängig zu machen, aber das Böse, was noch nicht geschehen ist, hast Du die Macht zu unterlassen!“

„Marie war aufgehorungen, ihre Augen bligten, ihre Hand hob sich unwillkürlich auf.“

„Willst Du das um, Georg?“

„Es wird mir als Freigebit, oder Verrat ausgelegt werden,“ erklärte er unerschrocken.

„Aber — was kann Dir an der Meinung von Scherten liegen?“

„Ich habe es versucht, aber —“ Er erzählte ihr von der Warnung, die er seinen Komplizen hatte zukommen lassen, von dem Vorfall, den er daran geknüpft und der Art und Weise, wie ihn Schobler bewegte, sich den

Falschmünzern durch ein erneutes Versprechen zu verpflichten.

„Das hättest Du niemals tun sollen — sie warnen, ja, in der Hoffnung, sie dadurch sämtlich von ihrem verbrecherischen Treiben abzubringen. Aber Du selber mußtest standhaft bleiben!“

„Du hast recht, — mein falsches Ehrgefühl ließ mich das richtige verkennen. Es ist zu spät —“

„Zu spät? Nein, noch nicht — doch mein Kopf ist heute zu trant und betäubt, als daß ich mit Klarheit die Angelegenheit zu überdenken vermöchte. Ich muß mich erst an das Furchtbare gewöhnen — dann wollen wir weiter reden, Georg.“

„Und Du verwünschst mich nicht, armes, liebes, unglückliches Weib? Ich habe schwer an Dir, an den Kindern gesündigt, ich weiß es — verlaß mich das einzige Mal nicht — ich wäre verloren ohne den moralischen Trost Deiner Liebe, Marie.“

„Statt aller Antwort schlug die junge Frau die Arme um den geliebten Mann und drückte zärtlich ihre Lippen auf die seinen.“

„Nehmen wir es als ein Unglück, Georg — ein Unglück, das wir gemeinsam tragen wollen!“

Lange standen die Ehegatten in inniger, stummer Umarmung — durch das Fenster huschten die ersten bleichen Schimmer des Maienmorgens, der die Menschen weckte zu heftiger Hoffnung, zu freudigem Streben, zum Genuße der Frühlingssonne! Georg und Marie blieben ausgeschlossen von seiner Herrlichkeit: die Schuld ist verbannt aus dem Reich der Ordnung — wehe dem Armen, dem Unschuldigen, den der Schuldige mit sich herabzieht in den trostlosen Abgrund, in den er den verzweifelter, verbrecherischen Sprung gemacht! Georg fühlte tief, unendlich tief die niederschmetternde Wahrheit, daß der Fluch der bösen Tat fortzeugend Böses gebären muß, und mit dem verzweiflungsvoll in sich hinein geschlochtenen Kufe: „Mein armes Weib, meine armen Kinder!“ sank er endlich auf sein Lager.

Noch ein Opfer.

Als Georg Friedmann die verborgene Werkstätte der Falschmünzner verließ, ließ er die kleine Gesellschaft in unbekanntem peinlichen Schweigen zurück. August Farnhoff sagte sich zuerst — sich zu den übrigen wendend, lachte er

spöttisch auf und sagte, verächtlich nach der Leiter hinwirkend:

„Bah, er ist ein Feigling — seine Warnung hat unsere Lage nicht im mindesten verändert. Mag der traurige Schmeißler aus Dresden nur kommen — wir wissen, daß er da ist und wer er ist und vermögen jeden seiner Schritte zu verfolgen. Wir sind nicht schlimmer daran, als vorher — mag er nur versuchen, uns auszuspielen.“

„Wenn uns Friedmann nur nicht verrät“, bemerkte der bucklige Hausierer zaghaft.

„Der? Nicht auf der Folter, wenn sie existierte“, rief Schobler im Tone felsenfester Überzeugung. „Das ist ein Ehrenmann durch und durch!“

„Und doch haben wir ihn zu überreden vermocht“, höhnte Farnhoff.

„Der Drang des Lebens, August — doch lassen wir ihn. Wir dürfen nicht leichtsinnig sein und die Gefahr einfach hinwegleugnen. Die Frage ist nun, was wollen wir tun, ihr zu begegnen?“

„Was ich schon gesagt, antwortete der Kellner mit anscheinendem Gleichmut. „Darüber sind wir doch einig, daß wir jetzt unter keinen Umständen aufhören zu arbeiten.“

Er ließ den Blick fragend im Kreise umherschweifen. Alle nickten ihm Befahrung zu, nur der Bandjakob schien nicht recht entschlossen.

„Wir können es ruhig, wenigstens bis die Gefahr in drohendere Nähe rückt“, meinte der Gastwirt ermutigend. „Im Notfall gibt es noch bessere Schlupfwinkel als diesen, obgleich ich zweifle, daß man uns hier so leicht attrapiert. Immerhin wollen wir nicht veräuern, unsere Vorsichtsmaßregeln zu verdoppeln.“

„Das ist sehr zu empfehlen“, stimmte der Bergmann Hängig bei.

„Vor allem müssen diejenigen, die hierher zur Arbeit kommen, sorgfältig vermeiden, Verdacht zu erregen. Farnhoff und ich, die wir hier oben wohnen, kommen nicht in Betracht. Aber die anderen — Lorcher, Hängig, Ihr habt Familie — können eure Frauen Euch nicht ebenfalls gefährlich werden?“

„Bei mir ist das ausgeschlossen“, entgegnete der leichtsinnige Musiker lachend. „Mein Beruf führt mich fast jeden Abend aus dem Hause, und meine Frau ist daran gewöhnt, daß ich meist erst am Morgen von den Tanzmusikern auf den benachbarten Dörfern zurückkehre.“ (Fortsetzung folgt.)

Die weit überragende Bedeutung der freien Gewerkschaften kommt ebenso deutlich zum Ausdruck in den Klassenverhältnissen. Es haben 1906 betragen:

	Freie Gewerkschaften	Zentrums-gewerksvereine	S.-D. Gewerksvereine
Einnahmen	41 602 929	3 378 833	1 338 765
Ausgaben	36 974 717	2 709 686	—
Vermögen	25 312 633	2 370 028	3 417 668

Ein neues Mittel, ländliche Antis zu pressen. Nach dem Handelsvertrag mit Rußland haben Rußen das Recht, sich in Deutschland aufzuhalten. Unsere Agrarier nehmen an, das Recht stehe ihnen nur zu, wenn die Rußen Feld- oder Ackerbauarbeit verrichten. Es ist auf höhere Anweisung Rußen, die industrielle Arbeit verrichten, ein Formular folgenden Inhalts zugesandt:

Sie werden hierdurch aufgefordert, Ihre Beschäftigung bei spätestens innerhalb acht Tagen anzugeben und in einem landwirtschaftlichen Betriebe, in dem Ihre Beschäftigung zugelassen ist, Unterkunft zu suchen, andernfalls Ihre Ausweisung erfolgen muß.

Industrielle Arbeiter, die als Streikbrecher herübergezogen sind, läßt man ungeschoren hier. Der preussische Minister ersucht gar, bei Kanalarbeiten auswärtige Arbeiter zu bevorzugen, damit nicht heimische ländliche Arbeiter oder heimische Industriearbeiter ihr Brot außerhalb ländlicher Gefilde finden. Aber Ausländer, die unter wer weiß welchen Vorbedingungen als ländliche Arbeiter herübergelockt sind, sollen schleunigst jegliche industrielle Tätigkeit einstellen und Mühsal auf agrarischen Gefilden nehmen, widrigenfalls sie ausgewiesen werden. Wir wiederholen den ausländischen Arbeitern gegenüber unsere Mahnung, sich nicht nach Deutschland locken zu lassen, weil dort ihre Freiheit ärger als die eines Gefangenen beschränkt ist und ihnen Ausweisung droht, wenn sie den elenden Arbeitsbedingungen deutscher Agrarier sich nicht unterwerfen.

Eine Lohnbewegung der — Polizisten ist in Velsaft als eine Folge des Streiks der Kohlenarbeiter ausgebrochen. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Velsaft: Eine der größten hiesigen Spinnereien und Webereien, die 4000 Arbeiter beschäftigt, ist infolge des Kohlenarbeiterausstandes geschlossen worden. — Die Polizei hielt eine Versammlung ab, in der sie eine Gehaltsaufbesserung während des Ausstandes.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Soldatenschinder. Das Kriegsgericht der vierten Division in Hohenfels (Inowrazlaw) verurteilte einen Sergeanten des 140. Infanterie-Regiments wegen grober Soldatenmißhandlungen, ferner wegen Beschädigung von Dienstgegenständen und anderer Vergehen zu einer Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis.

Wieder ein Soldatenschinder. Das Meher Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Heckenmüller der 2. jezt 4. Eskadron des Manenregiments Nr. 14 wegen Mißhandlung in 10 Fällen und wegen unvorschriftsmäßiger Behandlung Untergebener in 7 Fällen zu drei Wochen mittlerer Arrest. Der Soldatenerzieher hatte versucht, seinen Untergebenen die militärischen Kenntnisse durch Prügel, Ohrfeigen, durch Faustschläge ins Genick und auf die Nase, sowie durch Verhinderung am Essen beizubringen. Doch soll dies alles nicht vorfänglich geschehen sein. Was die Sache bemerkenswert macht, sind die Umstände, die sich gelegentlich der Anzeige des Vergehens ergaben. Als der Rittmeister von den Verfehlungen des Unteroffiziers Kenntnis erhielt, war er ganz erstaunt darüber. Er hatte gemäß der Kabinettsordre bei jedem Sühnungssappell die Mannschaften nach vorgekommenen Mißhandlungen gefragt, aber nie eine Anzeige erhalten. Und der Unteroffizier hätte vielleicht wer weiß wie lange noch die Soldaten gepeinigt und schikaniert, wenn nicht ein Mann aus Rache ein Verzeichnis der Vergehen des Vorgesetzten aufgestellt und eingereicht hätte. Dieser Umstand zeigt wiederum deutlich, daß das Befragen der Mannschaften so gut wie zwecklos ist. Furcht und Angst vor der Rache und den Schikanen der Vorgesetzten hält die Soldaten vor der Meldung zurück.

Militärgerichtliches. Aus Halle a. S. berichtet man unterm 24. Juli: Die ganze Härte des Militärstrafgesetzbuches trat wieder einmal hervor in einer Verhandlung gegen den Musiketier Schmidt von der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 153 in Altenburg, der wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, Achtungsverletzung und Ungehorsams vor dem hiesigen Kriegsgericht angeklagt war. Gelegentlich eines Gefechts am 18. Juni auf dem Truppenübungsplatz in Altengrabow war der Angeklagte unerlaubt ausgetreten. Als ihn der Gefreite Kirchner deshalb zur Rede stellte, sagte er: „Sie haben mir gar nichts zu sagen“. Schmidt zog dann sein Seitengewehr halb aus der Scheide, steckte es aber sofort wieder hinein, da ältere Mannschaften hinzusprangen und ihn verprügelten. Der Ankläger folgerte daraus, Schmidt habe beabsichtigt gehabt, den Gefreiten anzugreifen und sah sich gezwungen, obwohl er annahm, es liege ein minder schwerer Fall vor, die niedrigste zulässige Strafe von zwei Jahren und einem Tage Gefängnis zu beantragen. Das Gericht nahm aber nur Achtungsverletzung bezw. Ungehorsam als vorliegend an und erkannte auf vier Monate Gefängnis.

Verammlung der Bürgerchaft.

P. L. Lübeck, den 29. Juli 1907.

Der stellvertretende Wortführer Jenne eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min.

Vom Senatstische wurde mitgeteilt, daß der Senat dem Beschluß der Bürgerchaft beigetreten ist, nach welchem das Wahlrecht allen Bürgern zusteht, welche das Bürgerrecht durch Zahlung eines Betrages erworben haben.

Der erste Senatsantrag betrifft Wiederholung der Beratung des Antrages auf Abänderung des Art. 1 und 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgerrecht betreffend.

Nachdem Buchwald denselben kurz begründet hat, gelangt der Senatsantrag zur Annahme.

Der nächste Senatsantrag verlangt die Bewilligung von 145 100 M. für Sielverbesserungen in St. Lorenz-Nord.

Röhn macht auf einige Schönheitsfehler in der Begründung der Senatsvorlage aufmerksam und berichtigt sie. Redner richtet an den Senat das Ersuchen, die Beamten anzuweisen, daß sie sich in Zukunft in ihren Berichten jeder Kritik der Rats- und Bürgerentschlüsse zu enthalten haben.

Senator J. H. Evers sucht die Beamten der Bau- deputation zu rechtfertigen.

R. Wape meint, der Senat habe es anscheinend auf eine Überbepflanzung der Bürgerchaft abgesehen zu haben, sonst hätte er der Bürgerchaft die Sielverbesserungsvorlage

zugleich mit der Pflasterungsvorlage bringen müssen. Man läßt sich doch nicht erst das Dach und dann das Fundament herrichten. Dann möchte ich es rügen, daß vor die Karre, in welcher der Schmutz aus den Sieden abgefahren wird, Menschen gespannt werden. Ziehunde will man nicht, aber Menschen benutz man als Ziehunde. Redner verurteilt es, daß man die Schlammmassen aus den Sieden in die Nähe von menschlichen Wohnungen schüttet.

Der Wortführer erud Senator Dr. Fehling bezeichnen den Ausdruck Überbepflanzung der Bürgerchaft als ungebührlich.

Schwabroch ist derselben Meinung wie Röhn. Wissell tritt scharf dem Senator Evers entgegen; der Senat hat der Bürgerchaft in der Vorlage etwas verschwiegen; das darf sich eine gesetzgebende Körperschaft nicht gefallen lassen.

Senator J. H. Evers bittet, die Sache nicht aufzubaufen; eine Brückierung der Bürgerchaft sei nicht beabsichtigt.

Lauenstein wünscht die Anschaffung einer Dampfwalze durch den Staat.

Senator J. H. Evers hält es für vorteilhaft, wenn der Staat die Walze, für die er nicht ständig Verwendung hat, nur pachtet.

Ziele rügt verschiedene Mängel und ersucht um einen Erholungsurlaub für die Arbeiter des städtischen Wasserbauplatzes.

Senator J. H. Evers: Die Arbeiter des städtischen Wasserbauplatzes erhalten einen Erholungsurlaub. Infolge der Verlegung des Wasserbauplatzes ist das diesmal noch unterblieben.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft Verkauf von Staatsareal an die Firma Schetelig u. Rölck sowie Änderung des Bebauungsplanes und der Grenzen des Wohnviertels in der Vorstadt St. Jürgen.

v. Schack bemängelt es, daß man sich aus der Senatsvorlage nicht genügend orientieren könne, und richtet an den Senat das Ersuchen, bei Verkäufen und Ankäufen von Grundstücken den betr. Vorlagen einen klaren Orientierungsplan beizugeben. Bei Betrachtung der Vorlage wird man bemerken, daß eine ganze Anzahl von Baugrundstücken dem Staat verloren gehen und dem Käufer zugute kommen. Mit dem Preise von 550 Mk. pro Quadratmeter bin ich einverstanden, obwohl derselbe sehr niedrig ist. Redner beantragt schließlich, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen.

Senator Kabe erklärt, daß die 550 Mk. als Preis nicht zu niedrig seien, da es sich nur um Hinterland handelt. Die Änderung des Bebauungsplanes liegt nur im staatlichen Interesse.

Wissell bezeichnet es als Formalismus, wenn der Antrag Schack auf Beigabe von Orientierungsplänen erst am Schlusse der Sitzung erledigt werden soll. Das zu verkaufende Grundstück wird erst nach der vom Senat vorgeschlagenen Änderung Hinterland werden. Redner weist im einzelnen nach, daß der Staat durch diese Vorlage benachteiligt wird, und bittet ebenfalls um Annahme des Antrages auf Kommissionsberatung.

Der Wortführer Jenne weist es zurück, daß er Formalismus treibe; er handle nur nach der Geschäftsordnung.

Senator Kabe verteidigt die Senatsvorlage.

v. Schack bittet ebenfalls, seinen Antrag im Anschluß an die Senatsvorlage zu verabschieden.

Der Wortführer betont nochmals, daß er nur nach der Geschäftsordnung handeln könne.

Dr. Wittern begrüßt es, daß hier der Staat den berechtigten Wünschen eines Bürgers nachgegeben ist. Nach den Ausführungen des Herrn Wissell erscheint mir allerdings eine Kommissionsberatung für notwendig. Am besten kommen wir über den Antrag v. Schack hinweg, wenn vom Senatstische erklärt würde, daß in Zukunft so verfahren wird, wie Herr v. Schack es wünscht.

Senator Dr. Fehling: Eine solche Erklärung des Senates kann ich nicht abgeben; ich glaube jedoch, daß es möglich ist, dem Ersuchen nachzukommen.

Z. Schwarz: Hier wird wieder einmal bewiesen, daß die Bürgerchaft kein Initiativrecht besitzt. Der Antrag v. Schack muß erst den Initiativweg gehen. Eine Modernisierung der Verfassung in diesem Sinne ist dringend notwendig.

Senator Dr. Fehling: Die Bürgerchaft besitzt ein vollständig ausreichendes Initiativrecht.

Nach weiterer Debatte, an der sich eine ganze Anzahl Redner beteiligen, wird der Senatsantrag angenommen.

Nunmehr steht zur Beratung der Senatsantrag betr. Herstellung eines Radfahrerweges in der Cronsförder Allee von der Rakeburger Allee bis zur Geninerstraße.

Otte: Wegen die Vorlage selbst ist eigentlich nichts einzuwenden; zu begrüßen ist es, daß der Radfahrweg jetzt auf der Ostseite hergestellt werden soll, während er vordem auf der Westseite geplant war. Ich möchte wünschen, daß in Zukunft Radfahrwege durch Zwangsenteignung überhaupt nicht gebaut werden dürfen. Es wäre möglich, Radfahrwege haben mit dem öffentlichen Wohl nichts zu tun.

Ziele wünscht einen Radfahrweg von Travemünde nach Niendorf a. d. Ostsee.

Rosenquist kritisiert die mangelhafte Ausführung einzelner Radfahrwege.

R. Kähler wünscht eine bessere Abschragung der Bordsteine bei den Radfahrwegen.

Senator Strack: Wo das der Fall ist, liegt ein Versehen vor, das abgestellt wird, wenn es zu unserer Kenntnis kommt.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Die nächste Senatsvorlage betr. bauliche Veränderungen in der l. St. Gertrud-Knabenschule.

Rosenquist bedauert es, daß der Senat den Gewerbetreibenden nicht genügend entgegenkommen zeigt. Es bezieht sich das auf die Submissionsbedingungen.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat mit den Submissionen nichts zu tun; die Vorwürfe gegen denselben sind demnach unberechtigt.

Ziele wünscht bessere Beleuchtung in der Burgschule.

Senator Dr. Vermehren: Verbesserungen werden da vorgenommen, wo sie notwendig sind.

Rosenquist: Wenn meine Vorwürfe sich auch gegen die Baudeputation speziell richten, so hat doch der ganze Senat es in der Hand, hier Abhilfe zu schaffen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Die nächste Vorlage ist die nochmalige Beratung des Antrages betr. Herstellung einer Entwässerungsanlage in der Grünstraße, Rabeustraße und dem Grünen Weg (Rom.-P. Art. XVII).

Dr. Schenburger berichtet über die Arbeiten der Kommission.

über städtischen Arbeiten und die Anerkennung der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zc. durch die Unternehmung.

Wissell: Der Bürgerausschuß hat meinen Antrag einstimmig abgelehnt, ohne denselben erst einer kommissarischen Prüfung zu würdigen; man hätte doch auch die Erfahrungen anderer Städte Lübeck nutzbar machen können. Ich möchte nunmehr einmal die Gründe des Bürgerausschusses kennen lernen, die ihn zu seinem ablehnenden Standpunkt geführt haben.

Niemand meldet sich zum Wort.

Wissell: Mit diesen wenigen Worten will ich die Gelegenheit nicht fallen lassen. Der Bürgerausschuß hüllt sich in Schweigen. Ich kenne keine Gründe nicht. Vielleicht glauben die Herren, sie würden mich zu einer weiteren Aussprache bewegen, wenn sie reden, und das wollen wir vermeiden. Vielleicht meint man auch, daß die Staatsarbeiten teurer werden, wenn man meine Anträge ablehnt. So abgeschmackte Anschauungen, wie sie j. Zt. hier im Saale geäußert worden sind, daß die Arbeiter zu Herren der Betriebe würden, wenn sie meinen Anregungen folgen, sind schwerlich ernst zu nehmen. Ihnen fehlt eben ein praktisches sozialpolitisches Programm, nach dem sie ihr Verhalten richten können. Während man den Unternehmern Vorschriften darüber macht, welche Steine und welches Material sie zu verwenden haben, lehnen Sie es ab, dies auch in Bezug auf die Entlohnung der Arbeiter zu tun. Die Arbeiter sind doch ein wichtiger Bestandteil des Staates, ohne den er überhaupt gar nicht existieren kann. Der Redner führt sodann noch eine ganze Anzahl von Städten an, welche ähnliche Bestimmungen bereits besitzen, wie sie hier verlangt werden. Man lehnt unsere Anträge ab, weil sie von sozialdemokratischer Seite kommen. Öffentlich hat die Bürgerchaft mehr sozialpolitisches Verständnis als der Bürgerausschuß und nimmt meinen Antrag an.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Rosenquist bedauert, daß verschiedene seiner Kollegen im Bürgerausschuß nicht den Mut gehabt haben, ihre Überzeugung zum Ausdruck zu bringen. Er ist für den Antrag Wissell aus den vom Antragsteller vorgebrachten Gründen und im Interesse der Gewerbetreibenden.

Dr. Wittern: Es wäre der Bürgerchaft unwürdig, wenn sie die Anträge ohne weiteres ablehnen würde. Ich beantrage kommissarische Beratung des Antrages Wissell.

Der Wortführer hält dies für zulässig.

Ziele ist für den Antrag Wissell.

Wissell: Die Bürgerchaft würde Selbstmord begehen, wenn sie sich das Recht nehmen lassen wollte, ihre Anträge kommissarisch zu beraten.

Stender bittet um Ablehnung des Antrages Wissell. Herr Wissell hätte beantragen sollen, daß staatliche Arbeiten vorzugsweise an hiesige Unternehmer vergeben werden sollen. Die Arbeiter arbeiten nicht gemeinsam mit den Unternehmern; sie machen um 6 Uhr Feierabend, und wenn auch das Material des Arbeitgebers verdirbt.

Dr. Wittern vertritt nochmals den Standpunkt, daß der Antrag Wissell wohl kommissarisch beraten werden kann.

Senator Dr. Fehling tritt dem entgegen.

Dr. Wittern hält eine Revision der Geschäftsordnung für notwendig.

Schorer hält die kommissarische Beratung des Antrages Wissell für angängig.

Dr. Sommer ist derselben Ansicht wie der Senatskommissar.

Darauf wird die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt; da nur 64 Mitglieder anwesend sind, muß die Sitzung abgebrochen werden.

Schluß 1 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Mordversuch und Selbstmord. Der Schlosser Albert Schulz in Berlin hat die 46jährige Frau Pauline Bape, seit mehreren Jahren Witwe und Mutter von acht Kindern, durch einen Revolver schuß am Hals verwundet, nachdem sie ihm auf seine Forderung, mit ihm zusammenzuleben, die Tür gewiesen hatte. Als der Täter, der verheiratet ist, die Frau taumeln sah, schoß er sich eine Kugel in den Kopf, die ihn sofort tötete.

Eine Familientragödie spielte sich in dem Kuraufenthalt Bergschlößchen bei Fürstenwalde a. d. Spree ab. Der Besitzer Schneider hatte das Bergschlößchen vor einem halben Jahre gekauft. Das Unternehmen lohnte sich aber nicht, und Schneider geriet in große geschäftliche Sorgen. Früh 4 Uhr versuchte er, seine Frau mit einem Revolver zu erschlagen, sie verjagte ihn aber durch Revolvergeschüsse. Darauf schleppte Schneider seine Schwiegermutter auf den Hof, schlug sie nieder und raubte 1500 Mark, die ihr gehörten. Er nahm dann das Geld seiner Frau und von sechs Damen, die als Sommergäste auf dem Bergschlößchen weilten, an sich, verging sich an dem Dienstmädchen und flüchtete darauf.

Ertrinken. Bei Legelort wurde ein Ruderboot mit acht Insassen von einem Dampfer überannt. Ein Herr ertrank, die übrigen Personen wurden gerettet.

Eine Schreckensstat. In Wildberg, einem Städtchen im württembergischen Schwarzwald, gestand die Dienstmagd Wilhelmine Häberle bei ihrer Verhaftung ein, daß sie ein vor drei Jahren heimlich geborenes Kind in eine Abgrube geworfen habe. Vor zwei Jahren habe sie in gleicher Weise ein Kind in der Düggelgrube vergraben und neuerdings ein drittes in die Nagelgrube geworfen. Das Mädchen soll sich in nicht normalem Geisteszustand befunden haben.

Familiendrama. In Düsseldorf erschoff sich der Schneidermeister Köppl mit einem Revolver, nachdem er vorher erfolglos auf seinen Schwiegersohn einen Mordversuch unternommen hatte. Die Ehefrau wurde vor Aufregung über den Vorfall vom Herzschlag getroffen und war sofort tot.

Folgen eines Wortwechsels. In Essen erschoff nach kurzem Wortwechsel ein Arbeiter einen Bergmann. Der Täter wurde verhaftet; er bestreitet jedoch die Tat.

Zum San-Prozess hat ein Fräulein Sichele, Besitzerin eines Wollwarengeschäfts in der Sophienstraße in Karlsruhe vor Gericht deponiert, daß sie am 6. November in der unteren Fremersbergstraße einen Mann in eine Droschke habe steigen sehen, auf den die Beschreibung des Rechtsanwalts Pau paßt. Erst nachdem die Droschke in der Richtung nach der Bronnenab- resp. dem Bahnhofe abgefahren sei, sei der Schuß gefallen.

Verhaftung eines Hochstaplers. Aus Aachen wird dem „Hannoverschen Courier“ geschrieben: Der 31 Jahre alte sogenannte Opernjäger Richard Kraus aus Lyra in Ungarn, der von der Aachener Staatsanwaltschaft wegen schweren Diebstahls gesucht wurde, ist von der Kriminalpolizei in Berlin, wo er sich obdachlos aufhielt, verhaftet worden. Kraus wurde nach Aachen gebracht. Er tauchte im Frühjahr dieses Jahres unter der Flagge eines Kurgastes hier auf und nahm in einem hiesigen Hotel Wohnung.

In den Bars und Nachtcafes war er ständiger Gast, und hier bildete der Herr „Hofopernsänger“, wie er sich mit Vorliebe vorstellte, stets den Mittelpunkt der Gesellschaft. Besonders renommirte er dann mit Photographien, die ihn im Kostüm des „Danilo“ aus der „Lustigen Witwe“ vorstellten. Wenn sich das einmal „zufällig“ machte, war Kraus einem „kleinen Spielchen“ nicht abgeneigt. Wie hoch manchmal gespielt wurde, darüber schweigt unseres Gemäthsmanes Stillsitzen, aber joweil steht fest, daß die „Blauen“ dabei eine große Rolle spielten. Auch in Baals v. r. lichte Kraus sein Glück, hatte aber das Pech, daß der gewaltsame Schluß der dortigen Spielbanken seine Operationen lahm legte. In ihm dies nicht gliederte, versuchte er einen anderen Coup. Im Gemeinschaft mit einem Genossen gelang es ihm, im Hause eines hiesigen höheren Beamten Zutritt zu erhalten. Sie gaben vor, das Haus kaufen zu wollen. Während Kraus mit den Besitzern verhandelte, soll der andere das Haus „beschäftigt“ und dabei Gegenstände von hohem Werte mitgenommen haben. Kraus wurde unter dem Verdacht der Verheißung hier verhaftet. Inzwischen war auch von Hannover aus auf den Herrn „Hofopernsänger“ gefahndet worden. Er hatte sich auf seiner „Gastspielreise“ dort ebenfalls der Hochprellerei schuldig gemacht. Die dort über ihn verhängte Strafe scheint jedoch ziemlich gering ausgefallen zu sein, denn Kraus erfreute sich bald wieder der goldenen Freiheit und trieb sich in Hannover umher. Da bei der Wächener Staatsanwaltschaft sich die Verdachtsmomente gegen Kraus immer mehr häuften und zudem auch von anderer Seite Anzeigen wegen Hochprellereien eingelaufen waren, verfügte sie auf neue seine Verhaftung. Ein Reisender, der von dem Treiben des Kraus unterrichtet war, sah ihn in Hannover. Die Wächener Polizei veranlaßte dann seine Verhaftung in Berlin, wohin sich Kr. inzwischen begeben hatte. Das Gebahren des Herrn Opernsängers erfährt dadurch eine besondere Beleuchtung, daß er sich einmal tatsächlich als Operettensänger verkleidet hat. Es war in Mülheim a. d. Ruhr, wo ein Operettensänger auftrat. Obschon man nach einigen Proben sah, daß Kraus nicht der rechte Mann war, versuchte man es dennoch mit einem Auftreten als „Danilo“. Das Ergebnis war aber derart kläglich, daß ihm erklärt wurde, daß weder sein Können als Sänger noch sein schauspielrisches Talent ihn berechnete, sich den Titel eines Operettensängers beizulegen. Das hinderte Kraus aber nicht, sich von dieser seiner einzigen Rolle Photographien in verschiedenen Stellungen anfertigen zu lassen, die er zur Unterstüßung seiner Gaunereien verwendete.

Nach Untersuchung von einer Million Mark flüchtig geworden ist der Prokurist eines Genfer Bankhauses. Da der Flüchtling einen großen Vorsprung gewonnen hat, wird seine Festnahme wohl mit Schwierigkeiten verbunden sein. Zu der Angelegenheit wird aus Zürich gemeldet: Der Prokurist Canard, Vörlensvertreter des Bankhauses Gan u. Co. in Genf, gab vor einigen Tagen an, eine Reise nach Amerika machen zu wollen, um dort Briefmarken einzukaufen, als deren eifriger Sammler er bekannt war. Als er nach zwei Tagen nicht zurückkam, wurde sein Kull geöffnet, in dem man einen Brief an seinen Chef fand, worin er Unterschlüßungen in ihm selber unbekannter Höhe eingestand. Die erste flüchtige Untersuchung ergab 300 000 Frank Fehlbetrag, die durch Spekulation an der Pariser Börse verloren gegangen. Canard genoss großes Vertrauen seiner Chefs und infolge seines musterhaften Familienlebens auch die höchste Achtung seiner Bekannten. Da der Steckbrief erst Mittwoch erlassen wurde, hat Canard eine Vorstrafe von vier Tagen. Man vermuthet, daß er nach Paris geflüchtet ist.

Neue Köpfe in Baden. In Frankfurt a. M. kam, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ein „Floh“ in die Wachtstube der mitten in der Stadt gelegenen und mit einem Unteroffizier und zwölf Mann besetzten Hauptwache, und fuhr den wachhabenden Unteroffizier an, ob er denn nicht sehe, daß der Polster vor Gelehrter schlafe und sein Gewehr an einen Baum geklest habe? Dann wußte er die Unbekannte, in dem die Soldaten einen Oberen Offizier vernahmten, die Mannschaften und sagte: „Ich will diesmal nichts gesehen haben!“ Als er sich entsetzte, hörte er einen Soldaten an: „Warum reißt Sie nicht die Tür auf? Wissen Sie nicht, wer ich bin?“ Der Soldat leistete diesem Befehl in strammer Haltung Folge. Der Herr promenierte dann noch eine halbe Stunde auf dem gegenüberliegenden Fußsteige auf und ab. Erst dann fragte der Unteroffizier nach seinem Namen, worauf er die Antwort erhielt: „Mitteißer v. Waden, 16. Dragoner!“ Ein solcher Offizier ist aber in der Armeeliste nicht aufzuführen. Erhebungen und im Gange. — Einen sonderbaren Scherz leistete sich am Montag ein in Damm bei Achaffenburg in Urlaub befindlicher Soldat des Mainzer Infanterieregiments (117), indem er in Uniform und Fiedelhaube den Befehl zum Karlsruher für den nächsten Tag einguarieren mit voller Verpflegung auftrug. Dem Pseudo-Quartiermacher vertrauend, riethelten sich die Leute, warteten aber vergebens auf die Marschhöhe. Später stellte sich heraus, daß der Urlauber, der am Montag Abend wieder bei seinem Regimente eingedrückt war, sich mit den Bewohnern genannter Straße einen Scherz gemacht hatte, der ihm sicher einen längeren „Urlaub“ in die Straßstube eintragen dürfte.

Die neue Tropfsteinhöhle in Weßfalen. Die Tropfsteinhöhle bei Attendorn, über deren Entdeckung wir bereits berichteten, wird, wie schon die oberflächliche Untersuchung ergeben hat, alle bisher in Deutschland bekannten derartigen Höhlen an Schönheit und Größe übertreffen. Die Tropfsteinhöhle wurde, wie aus Köln gemeldet wird, unvermuthet durch einen Sprengschuß im Kalksteinbruch der Firma „Viggoaler Kalkwerke“ freigelegt. Nachdem die Öffnung erweitert war, gelang es den Leitern der Werke, in die Höhle zu gelangen. Der größere Teil wurde untersucht, während mehrere Nebengänge zurzeit noch nicht passierbar sind. In der großen, mehrere hundert Fuß langen, die nicht ganz einen Zentimeter dick ist und aus schneeartigen Tropfsteinen bestehen, fand man Vorhänge, die in allen Farben leuchten. Inmitten der Tropfsteinhallen erheben sich ungezählte kleine Säulen, die bis 5 Meter aufragen. Die gleichartigen Tropfsteinabfälle kommen aus einer Höhe von 15 Metern herab und ergießen sich, blendend weiß von Farbe, in die tiefe Höhle, die noch nicht untersucht werden konnte. Die Zahl der in wunderbarer Feinheit gebildeten Gruppen, die Nischen, Höhlen, Kanäle und kapellenartige Gebilde darstellen, ist überaus groß, man schätzt sie auf 50 bis 60. Die Größe übertrifft durch ihre blendend weiße Pracht und das immerwährende Geräusch der in diesen gehenden Bäche. Die Untersuchung der Höhle ist noch keineswegs abgeschlossen; bisher wurde nur der größere, hallenartige Teil betreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Oeffnungen entdeckt werden, was einer Untersuchung durch Sachverständige vorbehalten bleiben soll. Von deren Urtheil wird es abhängen, ob weitere Sprengungen vorgenommen werden. Es ist als sicher anzunehmen, daß die neu entdeckte Höhle wohl die bedeutendste, höher aber die schönste Deutschlands ist und an Tropfsteinbildung die Dechenhöhle weit hinter sich läßt. Zurzeit ist die Beschäftigung der neuen Höhle noch mit Unbegreiflichkeit verbunden, doch wird sie später dem allgemeinen Besuch freigegeben werden. Von den bisher bekannten Tropfsteinhöhlen verdienen diejenigen in der Gegend von Auggendorf im Nassauischen Jura besondere Erwähnung.

Die bedeutendste ist die Sophienhöhle bei Schloss Rabenstein. Auch im Übergangskalkstein des Harzes, an der Bode, befinden sich derartige Höhlengebilde, von denen die Baumanshöhle nachweislich schon im 16. Jahrhundert bekannt war. Jenseits der Bode liegen die um das Jahr 1672 aufgefundenen Riesenhöhle und die Hermannshöhle mit zahlreichen Knochenresten vorweltlicher Tiere. Im Lennetal bei Herbolz wird die aus 15 Abteilungen bestehende, 1868 aufgefunden und oben schon genannte Dechenhöhle vielfach besucht. Die in Kraim gelegene berühmte Adelsberger Grotte war zum Teil schon 1213 bekannt, der größte Teil aber erst seit 1818. Die Grotte kann auf einer fast drei Kilometer langen Kollbahn befahren werden. Ferner ist noch die merkwürdige Tropfsteinhöhle auf der griechischen Insel Antiparos zu erwähnen; auch kommen am oberen Mississippi mehrfach derartige Formationen vor.

Kein lustiger Musikant. Musikdirektor Steinbel in Stuttgart, der mit seinen drei jugendlichlichen Söhnen das Steinbelquartett bildete, wurde wegen hasserträubender Mißhandlung der Knaben verhaftet. Der Anzeiger der Knaben erstattete Anzeige gegen den Vater, als er die Prügel- und Hungerstrafen nicht mehr ertragen konnte.

Selbsthilfe gegen Fleischwucherer. Aus Wilmshausen meldet das „V.“: Infolge der wachsenden hohen Fleischpreise plünderten Tausende jüdischer Frauen die jüdischen Fleischgeschäfte, überquollen das Fleisch mit Petroleum und vernichteten die Kontobücher der Schlächter. Die Polizei, die einschreiten wollte, wurde mit Steinen bombardiert. 100 Personen wurden verhaftet. Viele Frauen und Kinder sind von den Polizisten verwundet worden.

Verwerfliche Anständigkeitschulmeister. Ein Vorfall, der köstlich das ultramontane Muckertum illustriert, hat sich kürzlich in einem schlesischen Städtchen abgespielt. Der Pfarrer hat einen prachtvollen Bernhardinerhund. Ein Ortsangehöriger, der eine Bernhardinerhündin besitzt, bat vor kurzem den Pfarrer, ihm seinen Hund doch einmal zum Decken der Hündin zu leihen, da ihm daran liege, eine echte Rasse zu erzielen. Der Pfarrer tat dem Herrn den Gefallen. Dies kam zu Ohren der Ganzströmer, die den Vorfall schleunigst der vorgesetzten geistlichen Behörde meldeten. Von dieser erhielt der Pfarrer denn auch nach einigen Tagen einen geharnischten Brief, indem er gefragt wird, ob er denn nicht wisse, was sich für einen katholischen Pfarrer schicke, und wie er seinen Hund zu solchen unzüchtlichen Zwecken hergeben könne! Es wird ihm ferner ein ernster Verweis gegeben und ihm nahegelegt, in Zukunft derartige, für die Gläubigen anstößige Sachen zu unterlassen! Der Pfarrer hat auch noch eine Kanarienvogel, und er hat sich schon gefragt, ob er sie nach dem Vorgegangenen werde abschaffen müssen, da seine vorgesetzte Behörde am Ende auch diese für unzüchtlich erklären könne.

„Moderne“ Seeräuber. Der unglaublich verwegene Raubüberfall auf den russischen Passagierdampfer „Sophia“, der, wie gemeldet wurde, vor einigen Tagen auf hoher See vor Odessa stattgefunden hat, ist selbst den an alles gewohnten Russen geradezu märchenhaft vorgekommen. Der „Vost. Ztg.“ geht aus Petersburg folgende Schilderung des Überfalles zu: Man denke: Ein großer Passagierdampfer geht um 8 1/2 Uhr abends in See. Um 11 1/4 Uhr erscheinen drei junge Burschen auf dem Promenadendeck, wo der Schiffskapitän gerade sein Abendbrot verzehrt und erklären ihm und den mit ihm speisenden Reisenden, mit Brownings-Revolvern in den gestreckten Händen, sie seien alle „verhaftet“. Der Kapitän zögert einen Augenblick, dem Befehl: „Hände hoch!“ Folge zu leisten. Der Anführer bemerkt ihm darauf trocken, er dürfe die Geduld der Angreifer nicht auf die Probe stellen, und nun gehorcht er. Einer der drei Angreifer bleibt zur Beaufsichtigung der „Verhafteten“ auf Deck, die übrigen zwei begeben sich auf die Kommandobrücke und befehlen dem wachhabenden Vertreter des Kapitäns, den Kurs nach Odessa zu nehmen. Der weigert sich anfangs, gibt jedoch dem sanften Zwange der Brownings-Pistole ebenfalls nach, und das Schiff kehrt um. Unterdessen machen sich die übrigen 15 Mitglieder der Bande — es sind ihrer im ganzen 18 — hurtig an die Arbeit. Drei begaben sich nach der Kajüte erster Klasse, wo der Bankbote Zygano, der 50 000 Rubel bei sich führte, den Schlaf des Gerechten schlief. Er versucht, die Räuber irrezuführen, indem er erklärt, er habe kein Geld bei sich. Sie wissen aber ganz genau Bescheid. In Nu wird aus einem verborgenen Winkel unter der Kojee eine Geldkassette mit 50 000 Rubeln herausgezogen. Zwei Räuber begeben sich nach der Kajüte des Hafen direktors von Eladomsk, Herrn Mangubi. Schlaftrunken, kann er die gefährliche Lage, in der er sich befindet, nicht sofort erfassen. Da er in der Hand eines der Räuber einen blühenden Dolch sieht, glaubt er, den Küchenchef vor sich zu haben. In der Vermuthung, daß der Koch eine so ungewöhnliche Stunde gewählt hat, lediglich um mit ihm die Speisekarte des folgenden Tages zu besprechen, fertigt er den Mann mit einigen kräftigen Worten ab und legt sich von neuem zum Schlafen nieder. Die Räuber haben alle Mühe, ihn mit guter Laune über die Sachlage aufzuklären. Endlich zum vollen Bewußtsein gebracht, gibt Herr Mangubi seine Geldtasche mit 500 Rubeln widerstandslos her und bekommt von den Räubern fünf Rubel zur Bestreitung kleiner Reiseauslagen zurück. Ebenso höflich erwiesen sich die Räuber auch den anderen Reisenden gegenüber; jeder von ihnen erhielt einen kleinen Geldbetrag, der es ihm ermöglichen sollte, ohne Entbehrungen nach Hause zu kommen. Ja, sogar noch mehr: als die Räuber sahen, daß ein Viehhändler, dem sie 300 Rubel abgenommen hatten, über den Verlust dieser Summe völlig niedergeschlagen war, gaben sie ihm den ganzen Betrag großmüthig zurück. Auch den Matrosen gegenüber zeigten sie sich recht nobel. Als diese sie um den reichen Ertrag ihres Überfalls auftrichtig beneideten, gaben sie jedem Matrosen je fünf Rubel; außerdem warfen sie einen Betrag für die Heizung und Dienstboten aus. Alles das ging ganz gemüthlich und ohne Störung vor sich. Nach Angaben der Augenzeugen schienen die Räuber über jede Einzelheit auf dem Schiffe vorzüglich unterrichtet zu sein. Erst als der Woronzow-Leuchtturm in Sicht kam, begannen sie, für ihren ungeförzten Rückzug zu sorgen. Nachdem sie sich mittels einer Laterne mit ihren Kameraden, die offenbar in Booten auf sie warteten, verständigt hatten, zerstörten sie den Scheinwerfer, legten die Maschine still und warfen die Schiffsglocke ins Meer. Von den 3 Ruderbooten, die auf dem Schiffe vorhanden waren, ließen sie eines zertrümmern und zwei aufs Wasser setzen; diese beiden hefteten sie selbst, nachdem ihr Anführer vorsorglicher Weise der Schiffsmannschaft und den Reisenden auf das strengste eingeschärft hatte, vor Ablauf von zwei Stunden keine Alarmsignale zu geben und keinen Bericht, daß Schiff in Bewegung zu setzen, zu unternehmen. Dieser Befehl wurde gewissenhaft befolgt. Der Kapitän gab allerdings nach Abfahrt der Räuber die Absicht kund, ein Notsignal zu geben, er wurde aber von den Reisenden, die nach unter dem Eindruck der Drohungen des Räuberhauptlings standen, davon abgehalten. Erst nach zwei Stunden ließ der Kapitän Kampf machen. Als das Schiff in Odessa ankam, machte sich die Polizei natürlich sofort auf die Suche

nach den Räubern. Es fand sich jedoch keine Spur von ihnen vor. Die beiden Boote der „Sophia“ wurden einige Zeit darauf von den Wellen nach dem Strande getrieben.

Bestimmungen von Zahlmeistern und Intendanten beamten werden selber von Seiten gewisser Militärlieferanten immer noch versucht. Das letzte „Militärverordnungsblatt“ enthält unter den Überschriften: „Vereinbarung von ungenannter Stellen eingesandter Geldbeiträge (I) und Vereinnahmung eines Geldbetrages“ folgende Mittheilungen: Dem Kommandanten bei dem Bekleidungsamt XVII. Armee Korps sind in zwei Briefumschlägen mit dem Poststempel „Rummelsburg 19. 6.“ und „Stettin 22. 6. 07.“ eine Reichsbanknote von 50 Mark und ein Reichsscheine von 20 Mark zugegangen. Der Beamte hat, da ihm über den Einsender, die Veranlassung und den Zweck der Sendung nichts bekannt ist, die Beträge zur Verfügung der Militärverwaltung gestellt. — Dem Westfälischen Infanterieregiment Nr. 5 ist unter der Adresse des Zahlmeisters durch Postanweisung, auf deren Umschritt „H. Haer in Düsseldorf“ als Absender angegeben war, ein Betrag von 20 Mark zugegangen, der — da über die Veranlassung und den Zweck der Sendung nichts bekannt geworden ist, und der Einsender in Düsseldorf nicht zu ermitteln war — zur Verfügung der Militärverwaltung gestellt ist. Die Beträge sind den Einnahmen des Reiches zugeführt worden. — Leider wird es nicht in allen Fällen gelingen, die gewissenlosen Militärlieferanten zu ermitteln, die es versuchen, durch die Pflege des Schmiergeldwesens Korruption zu schaffen.

Eine nette Geschichte aus der guten alten Zeit. Es war in den fünfziger Jahren, als in Augsburg ein Kind zur Schule angemeldet wurde, von dem auch die Witwe, die bis dahin als Mutter galt, weder Geburtsort noch Herkunft wußte. Nach einigem Drängen konnte man von der Witwe jedoch erfahren, daß der damalige Domdechant Gger in Augsburg mehr von dem Geheimnis wissen müsse. Das Kind kam, wie schon gesagt, zur Schule. Dazu bedurfte es aber auch schon zur damaligen Zeit einen Heimatschein. Einen solchen kann man aber nur von einer amtlichen Behörde erhalten. Der damalige „Schwarze“ Pürgermeister Kornbrann von Augsburg mußte deshalb helfen. Und er half. Durch Vermittelung des damaligen Advokaten Flesch in Augsburg übernahm die benachbarte Dorfgemeinde Wersse das Kind für eine Gebühr von 165 Gulden. Umsonst bekam man auch in der guten alten Zeit keinen Heimatschein. Das Kind hatte also eine offizielle Heimat. Nachdem nun alle Personen, die durch Veröffentlichung dieser Geschichte aus der guten alten Zeit etwa unangenehm berührt werden könnten, gestorben sind, wollen wir ihr doch näher erzählen: Zu Beginn des Jahres 1849 wurde dem damaligen Bischof Dettl in Augsburg durch den Generalvikar Fries von Eichstätt die dienliche Meldung gemacht, daß die damalige Oberin des Klosters St. Walburga in Eichstätt guter Hoffnung sei und daß als Vater des in Aussicht stehenden Sprösslings der Beichtvater des Klosters, Pfarrer Kaspar Keichenstätter zu gelten habe. Der Bischof gab die Direktive, daß die Angelegenheit auf das peinlichste geheim zu halten sei. Die Oberin wurde von dem selben Augenblick an bettlägerig. Durch den Herrn Pfarrer genoss sie täglich geistigen Zuspruch und außerdem waren zwei andere Klosterfrauen, welche in das Geheimnis eingeweiht worden waren, zu ihrer Bedienung bestimmt. Es waren dies die spätere Oberin Eduarda Schniger und die Laienschwester Barbara Thiele. Der Generalvikar Fries setzte sich nun mit Domdechant Gger in Augsburg in Verbindung mit der Bitte, ihm eine Unterkunft für das zu erwartende Kind zu besorgen. Durch einen Dr. Dörber wurde in Augsburg eine Witwe namens Müller gefunden, welche sich erbot, das Kind aufzunehmen, ohne daß ihr Auskunfts gegeben zu werden brauchte, woher das Kind kam; jedenfalls wurde ihr für diesen Liebesdienst mindestens die Seligsprechung in Aussicht gestellt. Dr. Dörber jedoch erhielt für seine Bemühung 50 Gulden Honorar. So war nun alles vorbereitet. In einer Kullnacht nachten der Frau Oberin die schmerzhaften Stunden. Der Herr Pfarrer und die beiden schon genannten Schwestern wichen nicht von ihr. Die Wehen wollten nicht enden und der resolute Herr Beichtvater holte zur weiteren Mithilfe den damaligen Dr. Maier von Eichstätt, der zur Vorsicht noch ganz ausdrücklich auf seine ärztliche Schweigepflicht aufmerksam gemacht wurde. Es kam zu einer Zangenaburt. Das kleine wurde dann auf dem Dachboden des Klosters verborgen. Generalvikar Fries hatte inzwischen den Domdechant Gger in Augsburg von der Geburt und von der bevorstehenden Übersendung des Kindes benachrichtigt. In der folgenden Nacht brachten der Pfarrer und die Schwester Barbara, beide in „Zivilkleidern“, das Kind zu Fuß nach Neuburg a. D., bestiegen dort einen bereitgehaltenen Wagen nach Donaauwörth und fuhren von dort aus per Bahn nach Augsburg. Dort wartete verabredungsgemäß die Witwe Müller, übernahm das Kind und einen 50 Gulden-Schein, den der Herr Pfarrer und Wawa im Trennungsmomente auf das Bettchen legte. Soweit das Geheimnis des damals heimathlosen Kindes. Die beiden lüthlichen Menschen sollten aber auch noch der gerechten Strafe theilhaftig werden. Der geistliche Kindesvater mußte als Sühne 2100 Gulden — nicht etwa an die Witwe Müller — sondern an das Klostervermögen St. Walburga bezahlen, während die Frau Oberin nach einer gegläuckten schweren Operation sich ganz allein „dem Herrn“ — nämlich dem im Himmel — widmen mußte. Als sie aber abends sich einsam in ihr Kämmerlein zurückzog, dachte sie mit Wehmut an die seligen Stunden, die sie im Verein mit dem Herrn Beichtvater genossen, und jeden Abend schlief sie ein mit den Schillerworten auf den Lippen:

O, daß sie ewig glühn bliebe,
die schöne Zeit der jungen Liebe.

Der Kampferausich. In den oberen Kreisen der englischen Gesellschaft greift Berichten aus London zufolge eine neue Manie in bedenklichem Maße um sich. Nach dem Trinken von Eau de Cologne taucht jetzt die mindelstens gleich schädliche Angewohnheit des Genusses von Kampfer auf, und die Zahl der Kampferesser und Kampferessinnen soll mit jedem Tage zunehmen. Man nimmt an, daß diese neue Manie aus Südamerika eingeführt worden ist, dessen Eingeborene den Kampfer als Vorbeugungsmittel gegen das Fieber benutzen. Der Kampfer selbst wird in allen möglichen Formen eingenommen. In Milch, in Chloroform, in Wasser, in Billenform, mit Opium gemischt, oder auch ohne weiteren Zusatz in den Mund genommen. Wie viele andere Gifte, hat auch der Kampfer in kleinen Dosen eine heilsame Wirkung. In größeren Mengen aber erregt er die Herzthätigkeit sehr stark und bringt eine Erregung hervor, die dieselben Erscheinungen zeitigt wie übermäßiger Alkoholgenuss. Dieser Rauschzustand ist es, der von den Kampferessern gesucht wird. Die Anregung macht aber sehr schnell einer tiefen Niedergeschlagenheit Platz, und der Patient wird daher immer zu größeren Dosen greifen müssen, um seinen Glückszustand zu erlangen. Die Folgen dieser Manie sind Abzehrung und schwere Lähmungserscheinungen mit nachfolgendem Tode.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.